

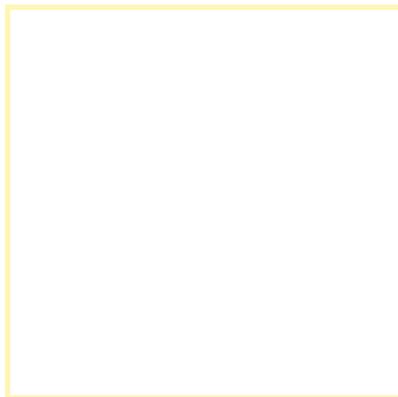


Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Jugendliche Migranten – muslimische Jugendliche Gewalttätigkeit und geschlechter- spezifische Einstellungsmuster



Kurzexpertise



Familie

Jugendliche Migranten – muslimische Jugendliche Gewalttätigkeit und geschlechter- spezifische Einstellungsmuster

Kurzexpertise

für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**Prof. Dr. Sonja Haug
Professorin für Empirische Sozialforschung
Fakultät Angewandte Sozialwissenschaft
Hochschule Regensburg**

Oktober 2010

Die Expertise fasst den Wissenstand zum Themenkomplex Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit von jugendlichen Migrantinnen und Migranten zusammen. Hierbei werden Kennzahlen aus der amtlichen Statistik, der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik sowie aus unterschiedlichen Dunkelfeldstudien dargestellt. Es wird speziell auf Risikogruppen eingegangen. In Form einer Meta-Analyse werden Erklärungsfaktoren und Ursachen der Gewaltbereitschaft beschrieben. In diesem Kontext werden auch die Themenbereiche Männlichkeitsnormen sowie Abgrenzungstendenzen bei muslimischen Jugendlichen untersucht. Hierzu werden Daten der Studie Muslimisches Leben in Deutschland im Hinblick auf soziale Alltagskontakte sowie Einstellungen zu einer interreligiösen Partnerschaft analysiert.

1. Bevölkerungsstatistische Grunddaten.....	3
Jugendliche mit Migrationshintergrund.....	3
Jugendliche Muslime mit Migrationshintergrund.....	7
Nichtdeutsche Tatverdächtige.....	9
Entwicklung der Gewaltdelikte bei Jugendlichen	12
Körperverletzung bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen.....	13
Jugenddelinquenz in Berlin.....	17
Untersuchung von Intensivtätern	18
3. Das Dunkelfeld der Gewalt von jugendlichen Migranten	19
Gewalt von Jugendlichen.....	19
Gewalt in der Schule.....	23
Gewaltbereitschaft von Muslimen	24
Sozialräumliche Aspekte der Gewalt	26
4. Ursachen und Erklärungsfaktoren	27
Allgemeine Erklärungen für Gewalt bei Jugendlichen	27
Spezielle Erklärungsfaktoren bei jugendlichen Migranten.....	30
Fazit zu Risikogruppen	31
5. Abgrenzungstendenzen bei Migrantinnen und Migranten.....	34
Abgrenzungstendenzen im Alltag	34
Interreligiöse Ehen und Einstellungen zu interreligiösen Ehen.....	34
6. Zusammenfassung.....	39
Bevölkerungsstrukturelle Grunddaten.....	39
Gewalt von nichtdeutschen Jugendlichen in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik ..	39
Ergebnisse der Forschung zu Ursachen der Gewalt.....	40
Offenheit gegenüber interreligiösen Beziehungen.....	41
7. Literatur	42

1. Bevölkerungsstatistische Grunddaten

Jugendliche mit Migrationshintergrund

In Deutschland leben laut Ausländerzentralregister etwa 6,7 Millionen ausländische Staatsbürger (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010). Darunter sind **türkische Staatsbürger** die größte Nationalitätengruppe (1,7 Millionen), zweitgrößte Gruppe sind **italienische** (ca. 530.000), drittgrößte mit zunehmender Tendenz sind **polnische Staatsbürger** (knapp 400.000).

Die Zahl der ausländischen Staatsbürger in Deutschland nimmt stetig ab. Dies ist bedingt durch

- den **Rückgang der Zuzüge und zunehmende Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger**. Beispielsweise sind aktuell in Deutschland etwa 30.000 Zuzüge aus der Türkei zu verzeichnen.¹ In der Größenordnung liegt diese gleichauf mit den Zuzügen aus den USA. Fast doppelt so hoch ist die Zahl der Zuzüge aus Rumänien und aus Polen sind mehr als viermal so viele zu verzeichnen. Die Verringerung der Zuzüge ist auf Veränderung der Zuzugsarten zurückzuführen, insbesondere den Rückgang des Familiennachzugs. Wichtigste Entwicklung ist jedoch die steigende Zahl der Fortzüge ins Ausland, die sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Staatsangehörigen festzustellen sind. Im Fall der Türkei war so 2009 ein negativer Wanderungssaldo von minus 10.000 zu verzeichnen, d.h. inzwischen übersteigt die Zahl der Rückkehrer die Zahl der Zuwanderer.
- **zunehmende Einbürgerungen** (vgl. dazu Worbs 2008) sowie die Neuregelung im Staatsbürgerschaftsrecht nach der in Deutschland geborene Kinder von Ausländern die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten („Optionsregelung“; hierunter sind Kinder aus der Türkei die größte Gruppe) und die **zunehmende Zahl an Geburten binationaler Eltern** (z.B. deutsch-italienische, deutsch-thailändische, deutsch-russische Kinder).

Neben ausländischen Staatsbürgern sind in Deutschland insgesamt mehr als **3,2 Millionen Aussiedler/Spätaussiedler** zugewandert; darunter etwa 2,6 Millionen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Haug/Sauer 2007). Sie besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit infolge ihrer Einwanderung nach dem Bundesvertriebenengesetz. Heute ist der Zuzug von Spätaussiedlern stark zurückgegangen (2009: 3.360), nicht zuletzt durch die im Aufenthaltsgesetz 2005 verankerte Bedingung, dass auch Familienangehörige von deutschstämmigen Spätaussiedlern Deutschkenntnisse auf den Niveau A1 des Europäischen Referenzrahmens nachweisen müssen.

Um auch Migrantinnen und Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit zu erfassen, wird bei der Diskussion um die Integration von Migranten inzwischen meist auf das Konzept „Personen mit Migrationshintergrund“ Bezug genommen (Statistisches Bundesamt 2010a). Personen mit Migrationshintergrund sind laut Statistischem Bundesamt definiert Ausländer oder Deutsche, die selbst im Ausland geboren wurden

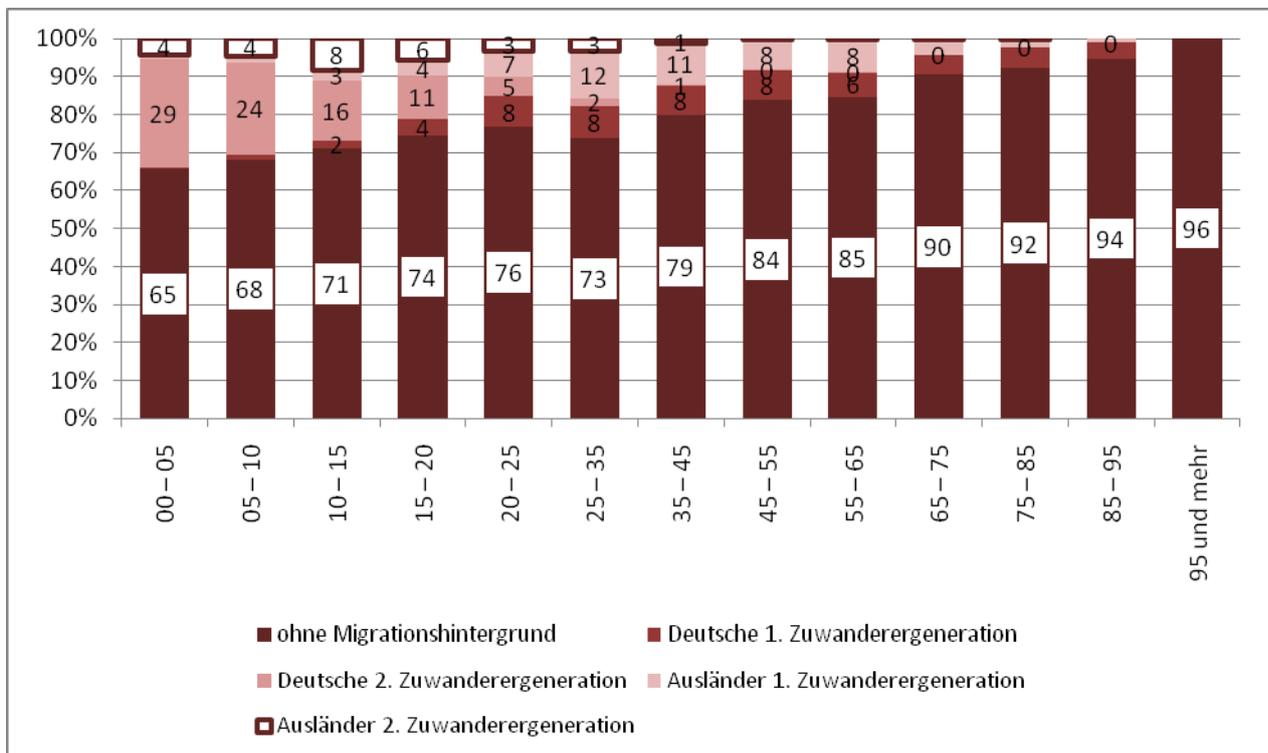
¹ Die Werte beziehen sich auf das Jahr 2009. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr.185 vom 26.05.2010.

(erste Generation) oder die in Deutschland geboren und deren Eltern im Ausland geboren oder eingebürgert wurden (zweite Generation).

Mit dem Mikrozensus 2005 wurden erstmalig Personen mit Migrationshintergrund erfasst. In Deutschland leben 2009 etwa **16 Millionen Personen mit Migrationshintergrund**, d.h. **19 Prozent der Bevölkerung** (Statistisches Bundesamt 2010a).

In den jüngeren Altersgruppen ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund höher, d.h. der Anteil wird zukünftig stetig ansteigen. Bei den **unter 5-jährigen sind bereits 35 Prozent Personen mit Migrationshintergrund** (Abbildung 1). 29 Prozent sind Deutsche der zweiten Zuwanderergeneration. Diese sind Kinder von Aussiedlern, von Eingebürgerten oder ausländischen Staatsangehörigen. Der Ausländeranteil geht somit in den jüngeren Altersgruppen stark zurück. Bei **10-15-Jährigen haben 29 Prozent** einen Migrationshintergrund (18 Prozent Deutsche, 11 Prozent Ausländer), bei **15-20-Jährigen 24 Prozent** (15 Prozent Deutsche, 9 Prozent Ausländer).

Abbildung 1: Personen mit Migrationshintergrund nach Altersgruppen (in Prozent)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2010a, Mikrozensus 2009. Eigene Berechnung bei vorgegebenen Altersgruppen, Angaben in Prozent.

Die größte Herkunftsgruppe ist die Türkei, wie auch die größte ausländische Nationalitätengruppe. **Etwa 2,5 Millionen Personen haben einen türkischen Migrationshintergrund.** Laut Mikrozensus, basierend auf der Bevölkerungsfortschreibung, sind darunter etwa 1.796.000 türkische Staatsbürger (Statistisches Bundesamt 2010a).²

² Laut Ausländerzentralregister liegt die Zahl türkischer Staatsbürger 2009 bei 1.658.083 (Statistisches Bundesamt 2010b).

7,3 Millionen Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre haben einen Migrationshintergrund. Die Verteilung der Herkunftsländer unter den Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden mit Migrationshintergrund zeigt, dass ein Großteil aus den 27 EU-Staaten, aber ein noch größerer Teil aus sonstigen Ländern in Europa stammt, darunter vor allem aus der Türkei (siehe Tabelle 1). **In Deutschland leben etwa 400.000 türkischstämmige Kinder und Jugendliche bis 15 Jahren.** Die Gruppe der türkischstämmigen Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden im Alter bis 20 Jahre umfasst etwa 630.000, und etwa 400.000 stammen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, etwa 300.000 aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien.

Tabelle 1 Zahl der Personen mit Migrationshintergrund nach Alter und Herkunft (in Tausend)

Detaillierter Migrationsstatus	Davon im Alter von					Summen				
	Alter	unter 5	5 – 10	10 – 15	15 – 20	20 – 25	0 bis 15	0 bis 20	0 bis 25	Alle
Bevölkerung insgesamt		3 312	3 603	3 854	4 475	4 910	10 769	15 244	20 154	81 904
Personen ohne Migrationshintergrund		2 165	2 448	2 722	3 318	3 728	7 335	10 653	14 381	65 856
Personen mit Migrationshintergrund		1 138	1 141	1 115	1 134	1 128	3 394	4 528	5 656	15 703
— mit derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit										
Europa.		394	450	625	697	741	1 469	2 166	2 907	10 289
EU-27		208	223	242	266	299	673	939	1 238	4 690
Griechenland		10	16	28	27	22	54	81	103	375
Italien		38	42	51	58	51	131	189	240	771
Polen		55	49	49	62	90	153	215	305	1 298
Rumänien		14	15	11	12	27	40	52	79	435
Sonstiges Europa.		186	228	383	431	442	797	1 228	1 670	5 598
· Bosnien und Herzegowina.		11	12	16	12	17	39	51	68	240
Kroatien		14	12	19	20	18	45	65	83	367
Russische Föderation		28	37	39	67	104	104	171	275	1 060
Serbien und Montenegro		17	16	17	23	19	50	73	92	297
Türkei		72	98	227	230	192	397	627	819	2 502
Ukraine		10	10	11	14	17	31	45	62	251
Afrika.		44	38	33	25	30	115	140	170	477
Amerika.		33	32	28	29	25	93	122	147	385
Nordamerika		15	13	13	12	12	41	53	65	179
Asien, Australien und Ozeanien		87	94	113	145	196	294	439	635	2 060
Naher und Mittlerer Osten		43	47	59	91	129	149	240	369	1 271
Kasachstan		9	15	23	48	73	47	95	168	656
Süd- und Südostasien		27	31	46	45	49	104	149	198	563
Ohne Angabe bzw. unzutreffend		580	528	316	238	136	1 424	1 662	1 798	2 493
Zusammengefasst							–	–	–	
Gebiet des ehemaligen Jugoslawien		63	67	88	90	85	218	308	393	1 339
Gebiet der ehemaligen Sowjetunion		62	78	91	162	253	231	393	646	2 529

Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2010a, Mikrozensus 2009. Eigene Berechnung, Angaben in Tausend.

In westdeutschen Großstädten liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den jüngeren Altersgruppen weitaus höher, da die Anwerbung in industrielle Zentren erfolgte und hieraus sich noch heute die regionale Verteilung der größten Gruppen von Migrantinnen und Migranten in Deutschland ergibt – mit Ausnahme der Spätaussiedler, deren Verteilung auf die Bundesländer und Kreise nach der Einwohnerzahl erfolgte (vgl. Haug/Sauer 2007).

Um die Personen mit Migrationshintergrund in den Kommunen statistisch zu erfassen, muss eine spezielle Analyse der Melderegister durchgeführt werden, da die amtliche Bevölkerungsstatistik nur zwischen deutschen und ausländischen Staatsbürgern unterscheidet und den Migrationshintergrund von Deutschen (vor allem Aussiedler und Eingebürgerte) nicht abbildet. Viele Städte sind dazu übergegangen, anhand der Melderegister deutsche und ausländische Personen mit Migrationshintergrund zu erfassen. Dazu müssen neben der ausländischen Staatsangehörigkeit auf zusätzliche Merkmale zurückgegriffen werden. Bei Deutschen werden nach dem „foreign-born-Prinzip“ der UN-Bevölkerungsstatistik die Geburtsorte analysiert, um Einwanderer der ersten Generation zu identifizieren. Kinder dieser „foreign-born-Bevölkerung“ sind Angehörige der zweiten Generation. Somit lassen sich Aussiedler, deren Kinder und auch zugewanderte Eingebürgerte und deren Kinder herausfiltern (Haug 2009).

Beispiel Berlin: 823.000 Personen mit Migrationshintergrund leben in Berlin, darunter sind 208.000 bis 18-jährig.³ Bei 3,4 Millionen Einwohnern 2008 haben rund **25 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund**. Berlin-Mitte ist der Bezirk mit dem höchsten Anteil an Migrantinnen und Migranten (45 Prozent), gefolgt von Neukölln mit 39 Prozent und Friedrichshain-Kreuzberg mit 37 Prozent.⁴

In Städtevergleich weist Berlin nur in einzelnen Bezirken einen aussergewöhnlich hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund auf. Westdeutsche Großstädte, die Zielgebiete der Anwerbung von Arbeitsmigranten zwischen 1955 und 1973 waren, haben insgesamt einen weitaus höheren Anteil.

Beispiel Stuttgart: „**38 Prozent der Einwohner haben einen Migrationshintergrund**. Zu den Personen mit Migrationshintergrund werden Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (22 Prozent der Einwohner) eingebürgerte Personen (10 Prozent der Einwohner) und Aussiedler (6 Prozent der Einwohner) zusammengefasst. In diesen Zahlen sind etwa 17.000 Kinder unter 18 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit enthalten, die mindestens ein Elternteil mit Migrationshintergrund haben.“⁵

Beispiel Nürnberg: Auf Basis einer Auswertung der Melderegister wurde für 2009 festgestellt, dass **39 Prozent der in Nürnberg gemeldeten Personen einen**

³ Ergebnisse der Pilotstudie Indikatorenentwicklung und Monitoring 2005 – 2008 für die Länder Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg. 3. Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren (IntMk) Berlin, Februar 2010. http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/einzelseiten/integ_buch.pdf

⁴ Berlin, Pressemitteilung <http://www.berlin.de/lb/intmig/presse/archiv/20080702.1000.104149.html>

⁵ Stadt Stuttgart, Pressemitteilung, <http://www.stuttgart.de/item/show/273273/1/9/251345>

Migrationshintergrund haben. Dies sind 192.000 Einwohner, davon besitzen 85.000 die deutsche Staatsbürgerschaft⁶

Beispiel Wiesbaden: Wiesbaden hat bereits 2004 einen Algorithmus zur Feststellung von Personen mit Migrationshintergrund entwickelt; dieser umfasst Ausländer, Spätaussiedler und deren Nachfahren, Eingebürgerte und deren Nachkommen sowie Kinder⁷ (vgl. zur Methodik Härle 2004). 88.000 Personen mit Migrationshintergrund wurden im Melderegister identifiziert. Dies sind **32 Prozent der Bevölkerung**. Bei den unter 18-Jährigen haben 44 Prozent einen Migrationshintergrund.⁸ In Wiesbaden werden im Rahmen des Integrationsmonitorings Personen mit Migrationshintergrund den Personen ohne Migrationshintergrund gegenübergestellt.⁹

Jugendliche Muslime mit Migrationshintergrund

Nach der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ leben in Deutschland hochgerechnet etwa vier Millionen Muslime aus 50 Herkunftsländern (Haug/Müssig/Stichs 2009). Größtes Herkunftsland ist dabei die Türkei mit 63 Prozent. Weitere bedeutende Herkunftsregionen sind Südosteuropa (14 Prozent, vor allem Bosnien, Albanien), Naher Osten (8 Prozent, vor allem Libanon, Irak), Nordafrika (7 Prozent, vor allem Marokko) und Süd-Südostasien (5 Prozent, vor allem Afghanistan, Pakistan). Wenige stammen aus dem Iran, Zentralasien oder dem sonstigen Afrika. Die muslimische Population weist mehrere Besonderheiten auf.

- Der **Anteil der deutschen Staatsangehörigen ist mit 45 Prozent relativ hoch**. Dies hängt auch damit zusammen, dass Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten höhere Einbürgerungsquoten aufweisen als EU-Bürger (Worbs 2008).
- Die **Muslime weisen eine besonders junge Altersstruktur auf** (Abbildung 2). Etwa 25 Prozent sind bis 15 Jahre alt. Zum Vergleich: nur 11 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund sind bis zu 15 Jahre alt (eigene Berechnung aus Tabelle 1). Muslime aus dem Nahen Osten und aus Süd-/Südostasien weisen eine noch jüngere Altersstruktur auf, fast ein Drittel sind bis zu 15 Jahren. **Etwa die Hälfte der Muslime sind unter 25-Jährige**.

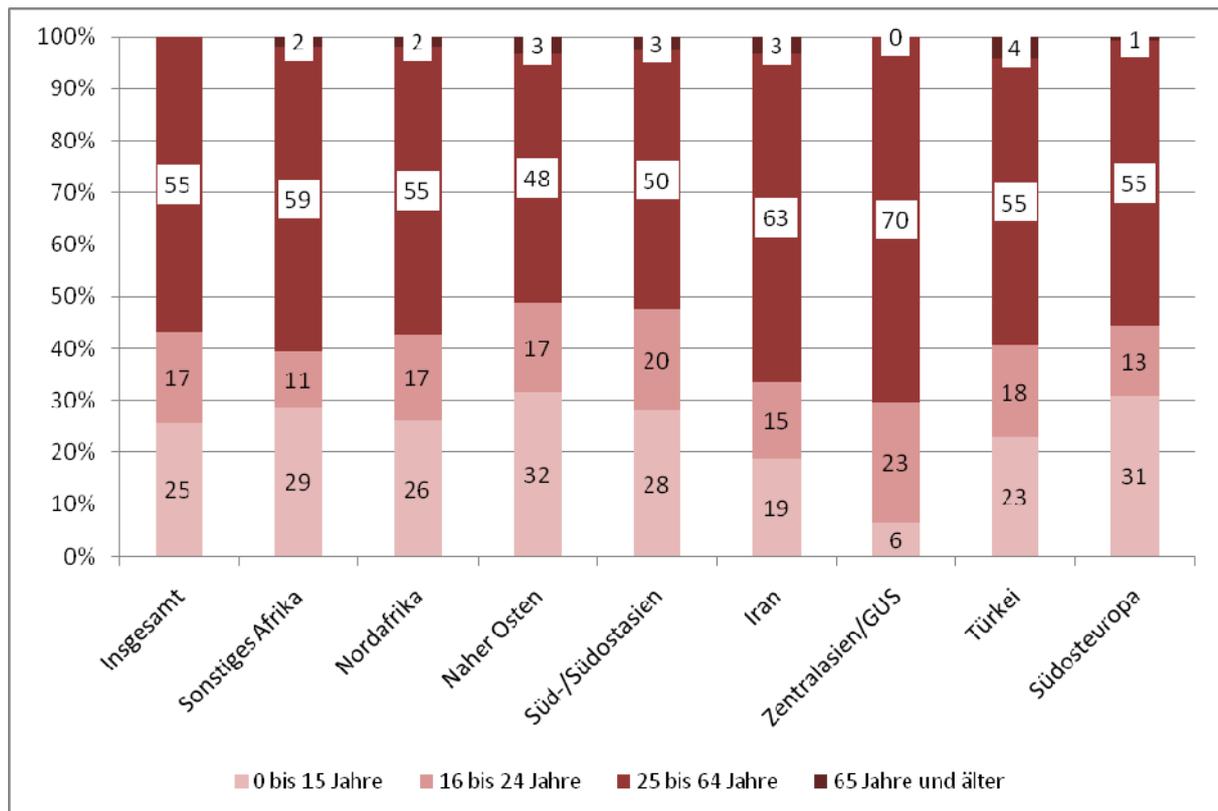
⁶Amt für Stadtforschung und Statistik Nürnberg, 2010: Statistischer Monatsbericht Juli 2010. http://nuernberg.de/imperia/md/statistik/dokumente/veroeffentlichungen/berichte/monatsberichte/2010/statistik_aktuell_2010_07.pdf

⁷ Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Algorithmus zum Migrationshintergrund http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/stadtportrait/Algorithmus_zum_Migrationshintergrund_ab_3_1.12.2004.pdf

⁸Amt für strategische Steuerung, Stadtplanung und Statistik Wiesbaden, Jahrbuch 2009, <http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/stadtportrait/Migrationshintergrund-10-02-09.pdf>

⁹Landeshauptstadt Wiesbaden, 2009: Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden. http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/stadtportrait/Integrationsmonitoring_2009_1.pdf

Abbildung 2: Altersstruktur von Muslimen in Deutschland nach Herkunftsregion



Datenquelle: Haug/Müssig/Stichs 2009. Muslime aus 49 Herkunftsländern, alle Haushaltsmitglieder; gewichtet. Ungewichtete Fallzahl: 7.982, Angaben in Prozent.

2. Polizeilich erfasste Gewalt nichtdeutscher Jugendlicher

Eine zentrale Datenquelle zur Straffälligkeit von Deutschen und Ausländern ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Tatverdächtig ist laut PKS, wer nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis aufgrund zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte verdächtig ist, eine rechtswidrige (Straf-)Tat begangen zu haben, darunter auch Mittäter, Anstifter und Gehilfen. Die bekannt gewordenen Straftaten werden erst nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen vor Aktenabgabe an die Staatsanwaltschaft oder das Gericht erfasst (BKA 2010).

Um die Kriminalitätsbelastung von Bevölkerungsgruppen (Alter, Geschlecht, Nationalität) zu vergleichen, wird die Zahl der Täter mit der jeweiligen Bevölkerungszahl in Relation gesetzt (Tatverdächtigenbelastungsziffer TVBZ).¹⁰ Hier zeigen sich folgende Entwicklungen:

- **Kriminalität ist vor allem männlich.** In allen Altersgruppen ist die Kriminalitätsbelastung der Männer erheblich höher als die der Frauen (BKA 2010, S. 73). Der Männeranteil unter den Tatverdächtigen liegt bei 75 Prozent. Er variiert nach Delikt, liegt bei Diebstahl ohne erschwerende Umstände bei 67 Prozent, bei den meisten Delikten, vor allem der Gewaltkriminalität, jedoch weit über 80 oder 90 Prozent.

¹⁰ Formel: $\text{Tatverdächtige} / \text{Bevölkerung} * 100.000$, wobei jeweils Personen ab 8 Jahren berücksichtigt werden.

- **Kriminalität ist zu einem überwiegenden Teil Jugendkriminalität.** Die TVBZ bei Heranwachsenden (18-20-Jährige) liegt mit 7.000 heranwachsenden Tatverdächtigen auf 100.000 Heranwachsende um ein Vielfaches höher als bei Erwachsenen mit 2.000 tatverdächtigen Erwachsenen auf 100.000 Erwachsene (BKA 2010, S. 100). Auch Jugendliche (14-17-Jährige) und Jungerwachsene (21-24-Jährige) weisen eine weit höhere Kriminalität als Erwachsene auf.
- Die Kriminalitätsbelastung (TVBZ) bei Deutschen ist seit Jahren konstant, bzw. nimmt leicht ab (BKA 2010, S. 100).
- **In den letzten Jahren ist ein deutlicher Rückgang der gesamten Kriminalitätsbelastung von Kindern und Jugendlichen (altersspezifische TVBZ) zu verzeichnen.** Dies hängt vor allem mit einem Rückgang im Bereich der Diebstahldelikte zusammen.
- **Demgegenüber ist ein Anstieg im Bereich der Gewaltkriminalität zu verzeichnen (Körperverletzungsdelikte sowie Vergewaltigung/sexuelle Nötigung).**
- Die TVBZ schwankt stark nach Delikt, Geschlecht und Alter. Bei schwerer Körperverletzung auf Wegen/Plätzen liegt die TVBZ bei männlichen Tatverdächtigen im Alter 16 bis 18 und 18 bis 21 jeweils über 1.000, bei leichter Körperverletzung fast bei 1.700 bzw. 1.900 (BKA 2010, S. 150).
- Insgesamt liegt der Anteil der Tatverdächtigen unter 21 Jahren an der Gewaltkriminalität mit über 40 Prozent über dem Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtkriminalität. Damit ist diese Altersgruppe in diesem Deliktfeld deutlich überrepräsentiert (der Bevölkerungsanteil der unter 21-Jährigen liegt bei etwa 20 Prozent). (Haug/Rühl/Babka von Gostomski 2008).

Nichtdeutsche Tatverdächtige

Die PKS unterscheidet zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, d.h. Ausländern. Die Untersuchung der Kriminalität der Zuwandererbevolkerung unterliegt mehreren bekannten Beschränkungen (BKA 2010, S. 105). Das BKA verzichtet daher auf die Berechnung der TVBZ für Nichtdeutsche, gibt lediglich die Ausländeranteile unter den Tatverdächtigen an. „Reelle Tatverdächtigenbelastungszahlen können für die nichtdeutschen Tatverdächtigen nicht errechnet werden, weil in der Einwohnerstatistik die amtlich nicht gemeldeten Ausländer fehlen, die sich hier legal (z.B. als Touristen, Geschäftsreisende, Besucher, Grenzpendler, Stationierungsstreitkräfte oder Diplomaten) oder illegal aufhalten. Außerdem sind selbst die Fortschreibungszahlen für die amtlich gemeldete ausländische Wohnbevölkerung äußerst unzuverlässig, wie die letzte Volkszählung gezeigt hat“ (BKA 2010, S. 97).

Aus diesen Gründen wird häufig bei der Erforschung des Hellfelds auf Basis der PKS auf die Berechnung der TVBZ von Nichtdeutschen verzichtet (BMFSFJ 2005, S. 628).

Ein Vergleich der Kriminalitätsbelastung bei Deutschen und Ausländern ist aus folgenden Gründen verzerrt:

- Es gibt **zwei verschiedene Statistiken zur ausländischen Bevölkerung**; die Zahl der Ausländer laut Ausländerzentralregister (AZR) unterscheidet sich von der Zahl der Ausländer laut Bevölkerungsfortschreibung. Im AZR sind nach einer Bereinigung im Jahr 2004 ca. 6,7 Millionen Ausländer verzeichnet (Statistisches Bundesamt 2010b), die Bevölkerungsfortschreibung und auch der darauf

basierende Mikrozensus rechnen mit einer unbereinigten Zahl von ca. 7,2 Millionen Ausländern und 82 Millionen Einwohnern (Statistisches Bundesamt 2010a, Haug 2009). Erst nach dem Zensus 2010/2011 werden letztere Zahlen voraussichtlich nach unten korrigiert.

- Der **Migrationshintergrund wird in der PKS nicht erfasst**, d.h. es kann nur die Kriminalität von Deutschen oder Nichtdeutschen festgestellt werden. Angesichts der hohen Einbürgerungen und der hohen Zahl von Spätaussiedlern wird die PKS damit eingeschränkt aussagekräftig. Es steht zu vermuten, dass Eingebürgerte eine niedrigere Kriminalität als nicht eingebürgerte Ausländer aufweisen, was jedoch nicht belegt werden kann.
- Es gibt auch keine bundesweiten Statistiken zur **Kriminalität von Aussiedlern**. Nur in einzelnen Bundesländern wurde das Aussiedlermerkmal in der PKS zeitweilig erfasst.
- In der PKS wird auch die **Kriminalität von Touristen, Grenzpendlern und auch irregulärer Migrantinnen und Migranten** erfasst. Diese Gruppen sind nicht in der Einwohnerstatistik enthalten, so dass die TVBZ von Ausländern dadurch automatisch überhöht ist, da auch die Taten dieser Gruppen auf die gemeldete Bevölkerung bezogen werden.
- Durch ein hohes Wandervolumen, d.h. eine hohe Zahl von Zu- und Abwanderungen **schwankt** die Zahl der Ausländer in Deutschland innerhalb des Jahres stark. Die Einwohnerstatistik zählt die ausländische Bevölkerung zum Stichtag 31.12. und bildet diese Pendelmigrantinnen und -migranten nicht ab. Die PKS hingegen summiert alle Delikte eines Jahres auf. Zwar gilt diese Einschränkung ebenso für die einheimische deutsche Bevölkerung, die durch ins Ausland ziehende Personen zum Ende des Jahres dezimiert wird, jedoch in geringerem Maße als bei Nichtdeutschen.
- Auch Verstöße gegen das **Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und Freizügigkeitsgesetz** sind in der PKS enthalten, Delikte, die Deutsche nicht begehen können, so dass die TVBZ von Nichtdeutschen automatisch höher liegt. Zudem hat sich durch die EU-Osterweiterung für große Ausländergruppen wie Polen, Rumänen, Ungarn, Bulgaren, usw. die aufenthaltsrechtliche Situation verändert, womit auch die Tatverdächtigen bei diesen Delikten sinken, so dass ein Rückgang der Kriminalität in den letzten Jahren schlicht die veränderte Rechtslage anzeigt.
- Des Weiteren spielen **soziodemographische Faktoren** eine Rolle, da ausländische Staatsbürger eine jüngere Altersstruktur, einen höheren Männeranteil und eine niedrigere sozialstrukturelle Position als die einheimische Bevölkerung aufweisen. Da generell bei jungen Männern mit niedrigem sozioökonomischem Status die Täterquoten höher sind als beispielsweise bei älteren, wohlhabenden Frauen, geht eine höhere TVBZ bei Nichtdeutschen damit einher.
- Weitere einschränkende Faktoren sind die **häufigeren Polizeikontrollen und die höhere Anzeigebereitschaft der Bevölkerung gegenüber Migrantinnen und Migranten**, die zu einem höheren Hellfeld und einer geringeren Dunkelziffer als bei der einheimischen Bevölkerung führen.

Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen lässt sich folgendes feststellen:

- In einzelnen Städten wurden Berechnungen der TVBZ der Nichtdeutschen vorgenommen, z.B. Berlin (Polizeipräsident Berlin 2010, S. 9). Rechnet man hierbei die Illegalen/Touristen/Durchreisenden heraus, liegt diese bereinigte TVBZ der Nichtdeutschen weitaus niedriger als bei Nichtdeutschen insgesamt.
- In Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen sowie in einzelnen Orten anderer Bundesländer wurde das Merkmal Aussiedler in der PKS erfasst. Generell ist dort in den letzten Jahren ein Absinken der absoluten Zahlen an tatverdächtigen Aussiedlern festzustellen. Um die TVBZ zu berechnen, wird jedoch auch die Zahl der Aussiedler in der Bevölkerung benötigt. Auch diese Zahl ist nur in wenigen Städten durch Sonderauswertungen der Melderegister verfügbar. In verschiedenen Orten in Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein sowie in Hamburg wurden Sonderauswertungen der PKS durchgeführt, in denen Aussiedlerkriminalität in Relation zur Aussiedlerbevölkerung berechnet wurde (TVBZ), so dass Vergleiche zur einheimischen deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung möglich sind. Alle Berichte kommen zu dem Schluss, dass **die relative Kriminalitätsbelastung bei Aussiedlern insgesamt niedriger als bei Deutschen** insgesamt liegt. Am **höchsten ist die TVBZ bei Nichtdeutschen** (Haug/Baraulina/Babka von Gostomski 2008).
- **Ausländische Tatverdächtige sind überproportional in der Kriminalitätsstatistik vertreten.** Diese Häufigkeit lässt jedoch keine vergleichende Betrachtung der Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Nichtdeutschen zu (BKA 2010, S. 106, hierzu müsste die TVBZ berechnet werden). Häufige Delikte ausländischer Tatverdächtiger sind leichter Diebstahl (über ein Fünftel), Verstöße gegen das Aufenthalts-, Asyl-, Freizügigkeitsgesetz, Urkundenfälschung, Betrug, Körperverletzung und Rauschgiftdelikte (BKA 2010, S. 111).
- Ohne Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz waren 19 Prozent der Tatverdächtigen 2009 Nichtdeutsche (BKA 2010, S. 105). In einzelnen Bundesländern (Hessen, Hamburg, Berlin) ist der Anteil der Nichtdeutschen unter den Tatverdächtigen besonders hoch (BKA 2010, S. 107).
- **In den letzten Jahren ist der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen zurückgegangen** (von 27 Prozent im Jahr 1993 auf 19 Prozent 2009). Aber dennoch bleiben sie gegenüber ihrem Bevölkerungsanteil von 9 Prozent deutlich überrepräsentiert (Haug/Rühl/Babka von Gostomski 2008).
- Vor allem bei Delikten, die der **Gewaltkriminalität** zugerechnet werden, ist der **Anteil Nichtdeutscher überproportional hoch**, darunter z.B. Mord und Totschlag sowie Vergewaltigung und sexuelle Nötigung (jeweils 28 Prozent), Raub (27 Prozent), gefährliche und schwere Körperverletzung (23 Prozent), schwerer Diebstahl (23 Prozent) oder auch bei Rauschgiftdelikten (33 Prozent) (BKA 2010, S. 108).
- Unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen sind türkische Staatsbürger mit Abstand die größte Gruppe, **23 Prozent sind türkische Staatsbürger** (BKA 2010, S. 112). Unter den 6,7 Millionen Ausländern waren laut Ausländerzentralregister Ende 2009 **25 Prozent** (1,7 Millionen) türkische Staatsbürger. Somit ist der **Anteil der türkischen Tatverdächtigen insgesamt unterproportional**.
- Tatverdächtige aus der Türkei werden gefolgt von den Nationalitätengruppen Polen, Italien, Serbien, Rumänien, Irak, Russische Föderation, Griechenland,

Bosnien/Herzegowina, Kroatien, Frankreich, Vietnam, Niederlande, Libanon, Marokko, Bulgarien, Afghanistan, Iran und Kosovo (BKA 2010, S. 112). Dies deckt sich teilweise mit der Rangliste der häufigsten Nationalitätengruppen laut Ausländerzentralregister, teilweise jedoch nicht. Italien ist zweitgrößtes Herkunftsland, gefolgt von Polen, Griechenland, Kroatien, der Russischen Föderation und Bosnien. Dass kleinere Herkunftsländer überproportional vertreten sind, kann damit zusammenhängen, dass diese aufgrund ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation häufiger ausländerspezifische Delikte begehen können. Ohne differenzierte Analyse der Delikte oder der Alters- und Geschlechtsstruktur lässt sich keine Aussage über die Kriminalitätsbelastung einzelner Gruppen treffen.

Entwicklung der Gewaltdelikte bei Jugendlichen

- Insgesamt entwickelt sich die **Jugendkriminalität bei allen Delikten sinkend**. Die Kriminalität von deutschen Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden nimmt ab. Eine Zunahme zeigt sich bei der Zahl der tatverdächtigen deutschen Jungerwachsenen (BKA 2010, S. 79).
- Die **Zahl der tatverdächtigen nichtdeutschen Kindern, Jugendlichen, Heranwachsenden und Jungerwachsenen ist in den letzten Jahren konstant bis leicht sinkend**.
- Ein sehr starker **Anstieg** ist seit den 1990er Jahren im Bereich der **Körperverletzungsdelikte** feststellbar, wobei in den letzten Jahren die Fälle der gefährlichen Körperverletzung leicht sinken und die leichte Körperverletzung stagnieren (BKA 2010, S. 148).
- Der Anstieg im Bereich der Gewaltkriminalität war in den letzten Jahren sowohl **bei deutschen als auch bei nichtdeutschen Tatverdächtigen** zu verzeichnen, wobei dieser bei deutschen Tatverdächtigen deutlich stärker ausfällt (Haug/Rühl/Babka von Gostomski 2008).
- Während die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Alter von 14 bis unter 21 Jahren in den letzten zehn Jahren um fast ein Drittel zurückging, hielt sich die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Bereich der Gewaltkriminalität auf eher stabilem Niveau. Dagegen stieg die Zahl der deutschen Tatverdächtigen in dieser Altersgruppe sowohl insgesamt als auch bei der Gewaltkriminalität. Bei der einfachen Körperverletzung wurde sowohl bei deutschen als auch bei nichtdeutschen Jugendlichen und Heranwachsenden ein Anstieg der Tatverdächtigen registriert.
- Trotz des Rückgangs des Anteils der nichtdeutschen Jugendlichen und Erwachsenen an der Gewaltkriminalität von 1997 bis 2006 sind diese weiterhin deutlich höher belastet als deutsche Jugendliche und Heranwachsende. Bei dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass insbesondere in den jüngeren Altersgruppen der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den letzten Jahren – insbesondere aufgrund der ius-soli-Regelung des Staatsangehörigkeitsrechts von 1999 und gestiegener Einbürgerungszahlen – angestiegen ist. Da der Migrationshintergrund von Tatverdächtigen nicht in der PKS erfasst wird, sind keine Aussagen über deren Anteil im Rahmen dieser Statistik möglich.

Körperverletzung bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen

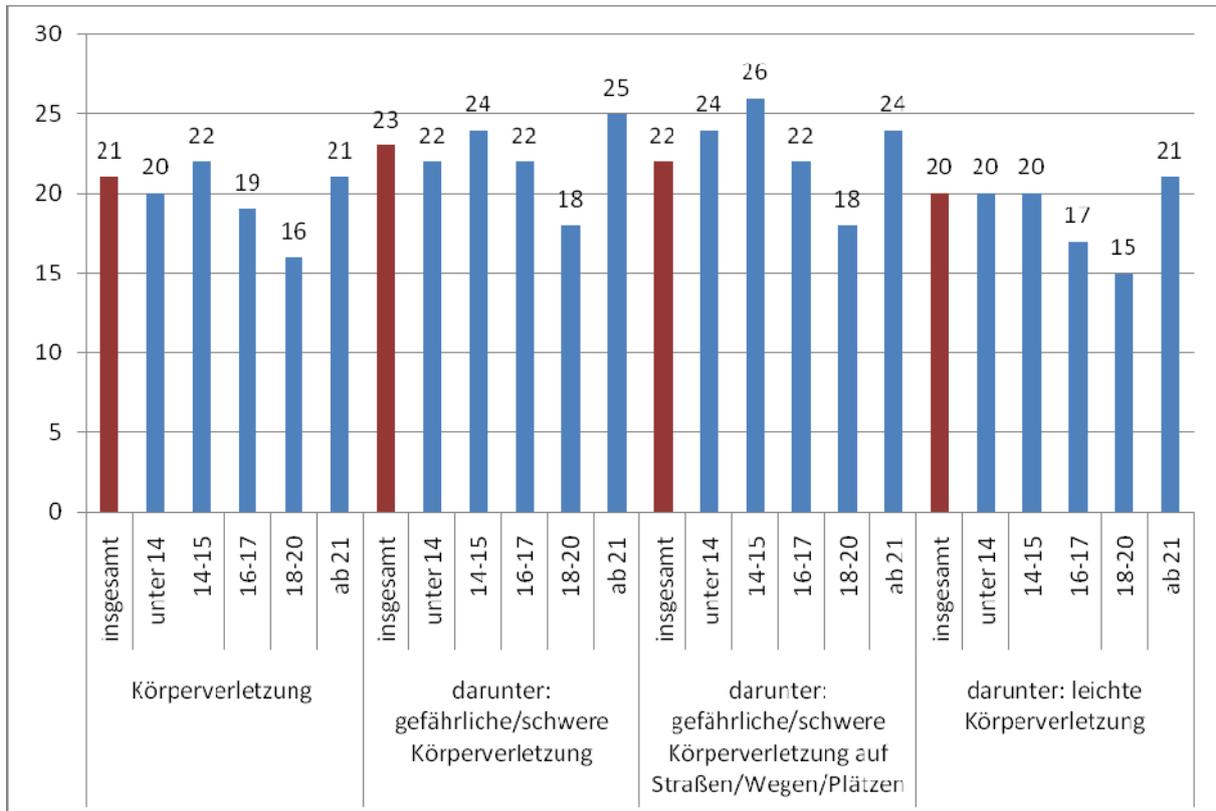
Bei einer deliktspezifischen Betrachtung der Gewalt steht die Deliktgruppe Körperverletzung im Fokus.

- **Körperverletzungen werden fast ausschließlich von Männern begangen.** Bei Nichtdeutschen liegt der Männeranteil bei Körperverletzungen bei 84 Prozent, bei Deutschen bei 82 Prozent (eigene Berechnung, PKS 2009).
- **Körperverletzungsdelikte werden zu einem hohen Anteil von Jugendlichen oder Heranwachsenden begangen.** 19 Prozent aller Fälle schwerer Körperverletzung und sogar ein Viertel der schweren Körperverletzungen auf Straßen, Wegen oder Plätzen entfallen auf Jugendliche (14-17-jährige). Hinzu kommen Heranwachsende (18-20-Jährige), die 22 Prozent dieser Delikte begangen (BKA 2010, S. 130).
- **Der Anteil der Nichtdeutschen bei den Körperverletzungsdelikten männlicher und weiblicher Tatverdächtiger lag 2009 insgesamt bei 20 Prozent, bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung bei 23 Prozent,** bei schwerer Körperverletzung auf Straßen, Wegen, Plätzen bei 22 Prozent, bei leichter Körperverletzung bei 19 Prozent (eigene Berechnung, PKS 2009¹¹).
- **Der Anteil der Nichtdeutschen unter den Tatverdächtigen variiert mit dem Alter.** In der Gruppe der männlichen Tatverdächtigen im Kindes- und Jugendalter sind Nichtdeutsche häufiger vertreten als bei Heranwachsenden (18-bis 20-Jährigen). Bei Erwachsenen steigt der Anteil wieder an. Besonders hoch ist der Anteil der Nichtdeutschen bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung insgesamt und im Besonderen auf Straßen, Wegen, Plätzen. **26 Prozent der 14 bis 15-jährigen männlichen Tatverdächtigen sind Nichtdeutsche** (Abbildung 3).

Dass bei tatverdächtigen Kindern und Jugendlichen der Anteil der Nichtdeutschen höher ist, hängt auch mit dem in diesen Altersgruppen höheren Ausländeranteil zusammen (siehe Abbildung 1), d.h. es muss kein unterschiedliches Verhalten zugrunde liegen. Jedoch ist **auch unter Berücksichtigung der Bevölkerungsstruktur der Anteil der jungen männlichen nichtdeutschen Tatverdächtigen bei schwerer Körperverletzung überproportional hoch, da in der Altersgruppe 10 bis 15 der Ausländeranteil bei 11 Prozent liegt, bei 15 bis 20-Jährigen bei 10 Prozent** (Quelle Mikrozensus 2009, Abbildung 1).

¹¹ Das BKA lieferte dankenswerterweise kurzfristig Tabellen aus der PKS aufgeschlüsselt nach Delikten, Alter und Staatsangehörigkeit des Täters (deutsch, nicht-deutsch, die häufigsten ausländischen Nationalitäten).

Abbildung 3: Anteil der nichtdeutschen männlichen Tatverdächtigen an allen Tatverdächtigen bei Körperverletzungsdelikten 2009 nach Alter



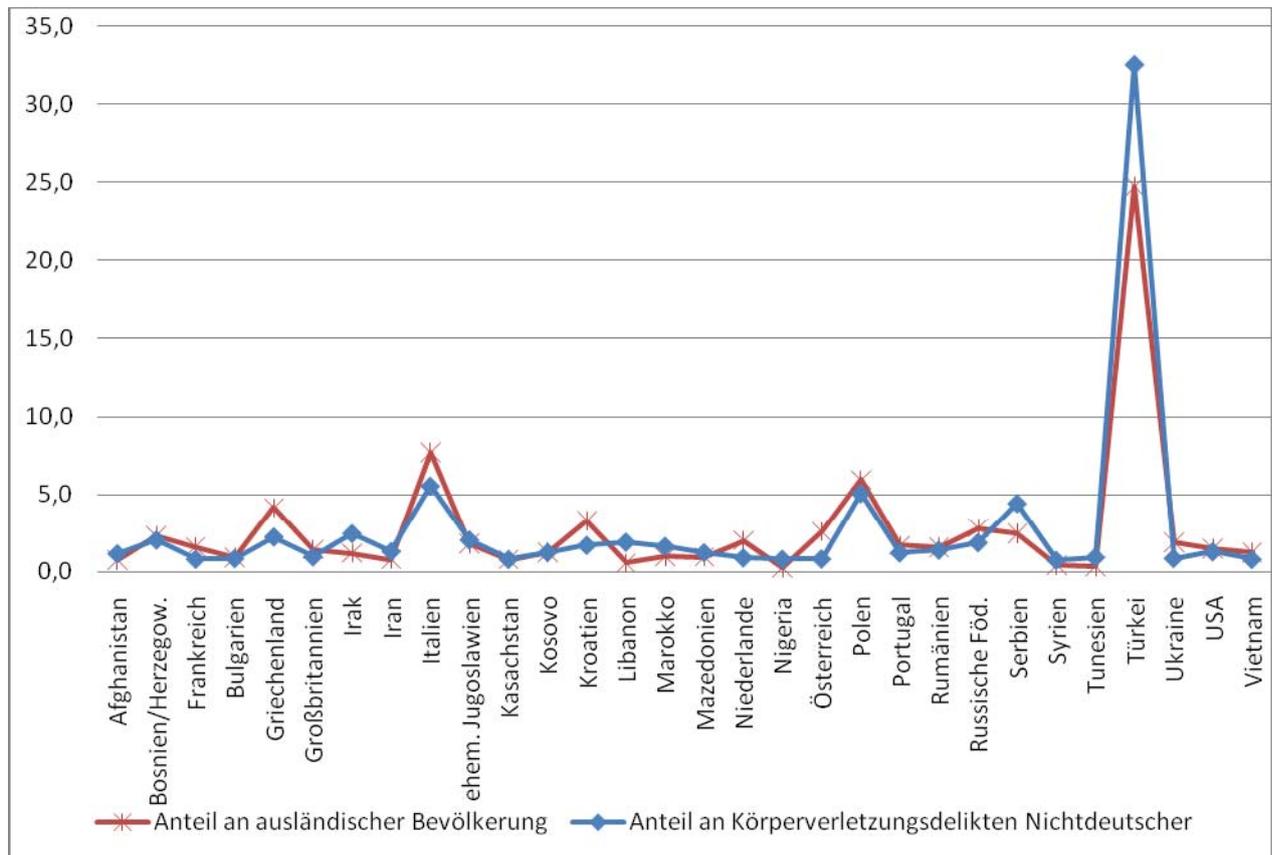
Quelle: BKA PKS 2009. Eigene Berechnung, Angaben in Prozent. Straftatenschlüssel 220000, Körperverletzung §§ 223-227, 229, 231 StGB sowie Straftatenschlüssel 222000, 222100, 224000.

Auch wenn aufgrund der Problematik der Datenquellen auf einen Vergleich zwischen deutschen und nichtdeutschen verzichtet wird, können die Relationen innerhalb der Gruppe der nichtdeutschen Tatverdächtigen betrachtet werden.

Die Anteile der dreißig bei Körperverletzungsdelikten am häufigsten in der PKS vertretenen nichtdeutschen Staatsangehörigkeiten an allen nichtdeutschen Tatverdächtigen entsprechen weitgehend deren Anteil in der ausländischen Bevölkerung nach dem Ausländerzentralregister¹². Einige Gruppen sind leicht überproportional vertreten, darunter afghanische, irakische, libanesische, marokkanische, mazedonische, nigerianische, serbische, syrische, tunesische und türkische Staatsbürger (Abbildung 4).

¹² Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass die Zahl der im AZR gemeldeten ausländischen Staatsangehörigen unterhalb der in den lokalen Melderegistern gemeldeten ausländischen Staatsangehörigen liegt.

Abbildung 4: Anteil an Körperverletzungsdelikten unter Nichtdeutschen und Anteil an der ausländischen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit



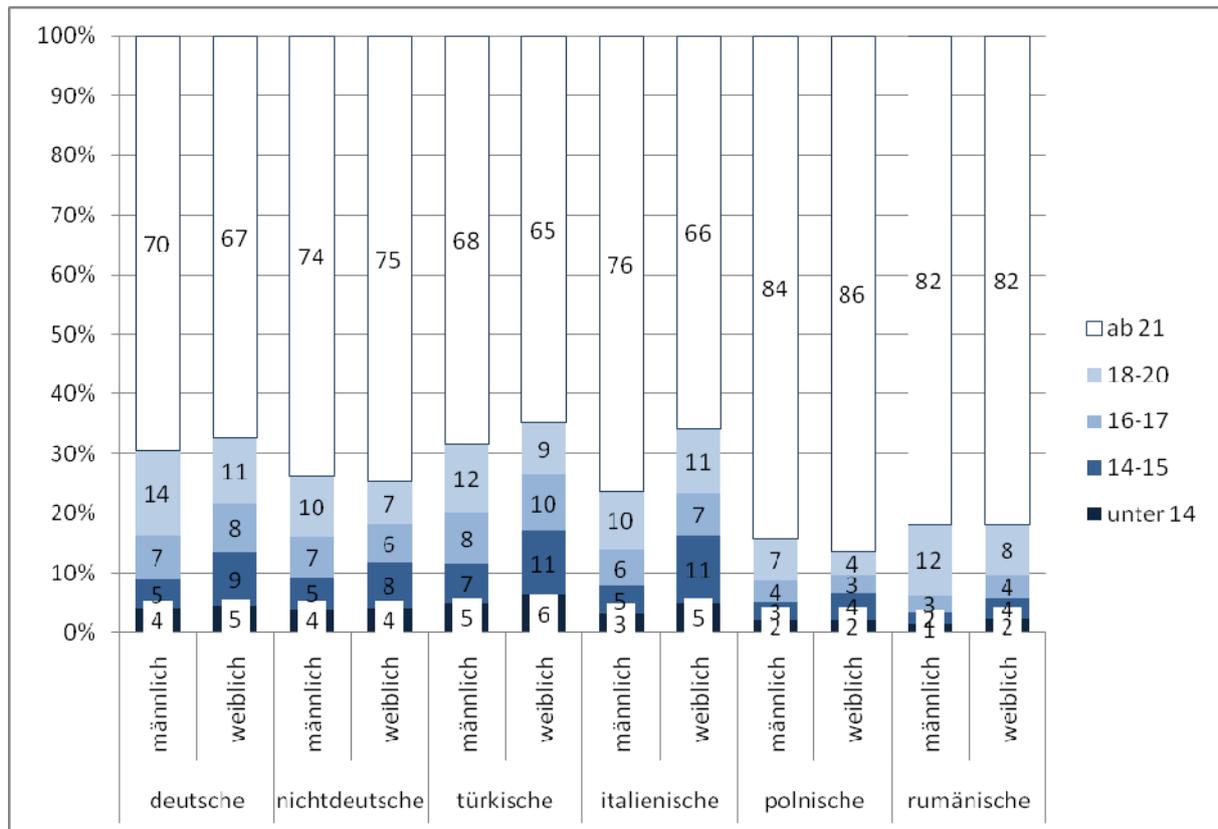
Quelle: PKS 2009, BKA und Ausländerzentralregister 2009 (Statistisches Bundesamt 2010b). Eigene Berechnung, Angaben in Prozent. Dreißig Nationalitäten ausgewählt nach Häufigkeit der Tatverdächtigen in der PKS (Straftatenschlüssel 22000, Körperverletzung §§ 223-227, 229, 231 StGB). Ehemaliges Jugoslawien: Jugoslawien-Altfälle und ehemaliges Serbien/Montenegro (PKS) zusammengefasst und ehem. Serbien/Montenegro (AZR), Großbritannien: Großbritannien/Nordirland (PKS) und Vereinigtes Königreich (AZR).

Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass bei Zuwanderergruppen aus vielen Herkunftsländern der Anteil Jugendlicher und der Männeranteil überproportional ist, so dass auch dieses Muster mit demographischen Faktoren zusammenhängen könnte.

Zur altersphasenspezifischen Untersuchung der Gewalt wurden die Anteile der Kinder und Jugendlichen unter den Gewalttätern nach Nationalitäten gesondert untersucht (Abbildung 5). Bei deutschen Tatverdächtigen ist der Anteil der Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden höher als bei nichtdeutschen, speziell bei polnischen und rumänischen Tatverdächtigen. Dies bedeutet, dass Körperverletzung bei Deutschen noch mehr als bei anderen Nationalitäten ein Delikt ist, das in dieser Altersphase verstärkt auftritt.

Sofern Körperverletzung durch weibliche Tatverdächtige begangen wird –was insgesamt die Ausnahme ist – so liegt bei Deutschen und einigen nichtdeutschen Nationalitätengruppen der Anteil der Kinder, Jugendlichen oder Heranwachsenden höher als bei männlichen Tatverdächtigen. Dieser Befund deutet darauf hin, dass bei Frauen im Erwachsenenalter die Gewaltbereitschaft stärker als bei Männern nachlässt. Körperverletzung ist auch bei Mädchen ein jugendspezifisches Delikt.

Abbildung 5: Anteil der Tatverdächtigen bei Körperverletzungsdelikten nach Alter und Geschlecht



Quelle: BKA PKS 2009. Straftatenschlüssel 22000, eigene Berechnung. Angaben in Prozent. Ausgewählte Staatsangehörigkeiten (Auswahl vom BKA vorgenommen)

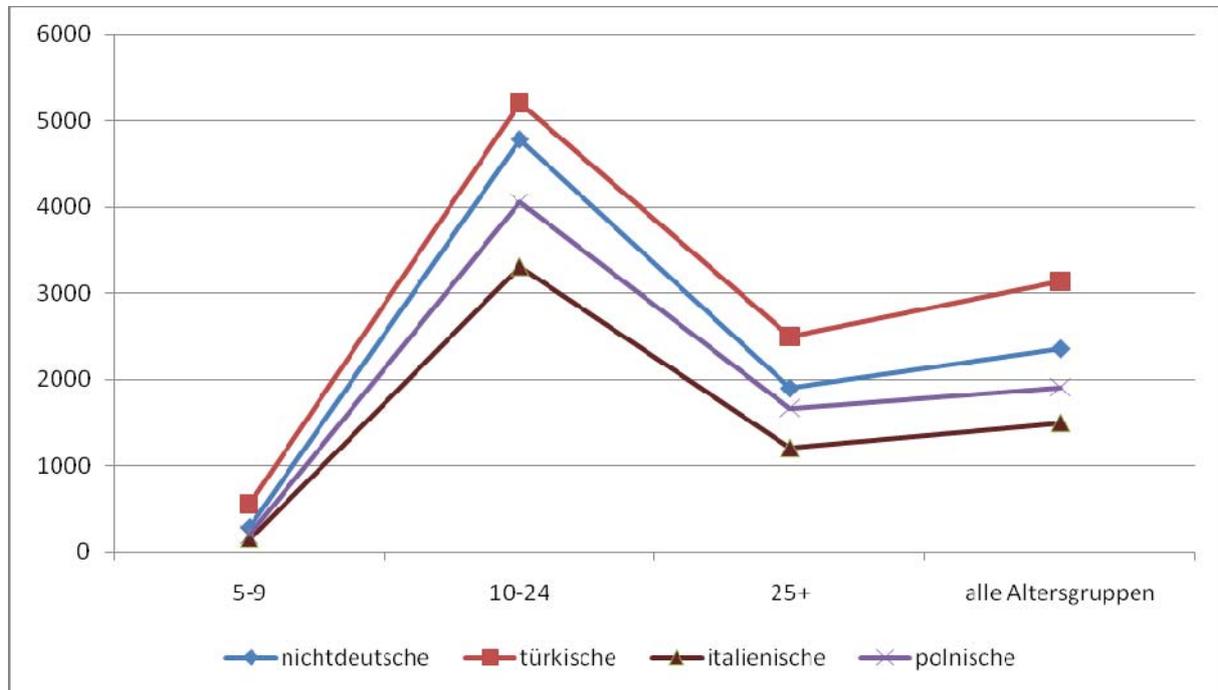
Um die Häufigkeit der Körperverletzungsdelikte in den Altersgruppen genauer zu beurteilen, wird in der Regel die TVBZ berechnet. Aus oben genannten Gründen wird häufig auf eine Berechnung der TVBZ für nichtdeutsche Tatverdächtige verzichtet.

Das Kriminolforschungsinstitut Niedersachsen berechnete die TVBZ von Nichtdeutschen in Westdeutschland (Baier u.a. 2009, S. 22). Die TVBZ für Gewaltdelikte steigt bei Jugendlichen zwischen 1993 und 2007 bei allen Gruppen (Deutsche in Ost und West, nichtdeutsche West, männliche und weibliche Tatverdächtige). Bei nichtdeutschen Jugendlichen in Westdeutschland ist die TVBZ 2007 mit Abstand am höchsten und liegt mit 2.978 fast dreimal so hoch wie bei deutschen (West 1.064, Ost 1.209). Hierbei wird nicht zwischen männlichen und weiblichen unterschieden. Unklar ist auch, auf welche Altersgruppe und welche Delikte sich die Berechnung bezieht und welche Datengrundlage zur Ermittlung der jeweiligen Bevölkerungszahl zugrunde gelegt wurde.

Um die altersspezifische Belastung bei Nichtdeutschen differenziert zu betrachten, wurden männliche Tatverdächtige bei Körperverletzungsdelikten auf die jeweiligen ausländischen Staatsangehörigen laut Ausländerzentralregister (AZR) bezogen (dies ist keine reele Tatverdächtigenbelastungsziffer). In allen untersuchten Gruppen steigt die Zahl der angezeigten Tatverdächtigen im Alter zwischen zehn und 24 stark an, sinkt im Erwachsenenalter wieder. Laut PKS und bezogen auf die im AZR aufgeführten Ausländer ist die Quote der angezeigten Gewalttäter bei türkischen Staatsbürgern höher als bei polnischen oder italienischen, jedoch insgesamt niedriger als bei allen nichtdeutschen zusammengenommen (Abbildung 6). Lässt man die Problematik der Ermittlung einer validen Bevölkerungszahl ausser acht, können diese Unterschied einerseits auf

Verhaltensunterschiede, andererseits aber auch auf unterschiedliches Anzeigeverhalten der Opfer zurückzuführen sein.

Abbildung 6: Männliche Tatverdächtige bei Körperverletzungsdelikten nach Staatsangehörigkeit und Alter bezogen auf die Bevölkerung in der Altersgruppe



Quelle: BKA PKS 2009 (Körperverletzungen, Straftatenschlüssel 22000) und Ausländerzentralregister 2009 (Statistisches Bundesamt 2010b). Eigene Berechnung. Anzahl der männlichen Tatverdächtigen in einer Altersgruppe bezogen auf 100.000 Männer der jeweiligen Staatsangehörigkeit. Ausgewählte Staatsangehörigkeiten (Auswahl vom BKA vorgenommen). Da in der PKS und der AZR-Tabelle die Altersgruppen unterschiedlich kategorisiert vorlagen, konnte keine gesonderte Auswertung der Jugendlichen, Heranwachsenden und Jungerwachsenen vorgenommen werden.

Jugenddelinquenz in Berlin

Eine Analyse der altersspezifischen TVBZ deutscher und nichtdeutscher in Berlin zeigt, dass 2009 die Delinquenz bei Kindern (8 bis 13 Jahre) seit 2008 angestiegen ist und bei Nichtdeutschen um 105 Prozent höher als bei deutschen liegt (Polizeipräsident Berlin, S. 12). Auch die Delinquenz nichtdeutscher in Berlin wohnhafter Jugendlicher stieg an und liegt ebenfalls fast doppelt so hoch wie bei deutschen (10.502 deutsche delinquente Jugendliche auf 100.000 deutsche Jugendliche, 20.147 nichtdeutsche delinquente Jugendliche auf 100.000 nichtdeutsche Jugendliche). Bei Heranwachsenden (18 bis 20-Jährigen) lag die TVBZ von Nichtdeutschen mit 21.164 um 117 Prozent höher als bei deutschen.

Wohingegen bei Kindern ein Anstieg bei Ladendiebstahl, Straßenraub, Körperverletzung und Rauschgiftdelikten zu verzeichnen war, sank bei den Jugendlichen und Heranwachsenden die Zahl der Delikte Raub, Körperverletzung, Sachbeschädigung. Der Rückgang der Kriminalitätsbelastung in den älteren und dem Anstieg in den jüngeren Altersgruppen wird unter der These einer Vorverlagerung von Kriminalität im Lebensverlauf diskutiert.

Auch unter der „Jugendgruppengewalt“ (mit den Delikten Raub, Körperverletzung, Bedrohung, Sachbeschädigung, Begleitdelikte wie Waffenbesitz) waren nichtdeutsche Täter häufig vertreten (25 Prozent), insbesondere aus der Türkei, dem Libanon,

Bosnien/Herzegowina, Polen, Serbien, Ukraine, Vietnam und Russischen Föderation. (Polizeipräsident Berlin, S. 15). Da die Herkunftsländer besonders betroffener Gruppen auch unter den häufigsten ausländischen Nationalitäten in Berlin zu finden sind, ist dieses Auftreten in der PKS per se noch nicht als Beleg für eine höhere Kriminalitäts- oder Gewalttendenz zu werten.

Insgesamt liegt die Kriminalität gemessen an der Tatverdächtigenbelastungsziffer bei nichtdeutschen Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden in Berlin weit höher als bei deutschen im gleichen Alter. Um die Bedingungen und Ursachen der Jugendkriminalität zu erforschen, muss auf Dunkelfeldstudien zurückgegriffen werden.

Untersuchung von Intensivtätern

Intensivtäter sind Mehrfach- oder Wiederholungstäter, die in einem begrenzten Zeitabschnitt mehrfach kriminell in Erscheinung treten. Mehrfachtäter sind für einen überproportional hohen Anteil der Taten verantwortlich, d.h. es lässt sich in den meisten Orten ein harter Kern von Tätern identifizieren. Ein Großteil der Mehrfachtäter sind männliche Jugendliche, wobei im Erwachsenenalter ein Rückgang der Delinquenz zu beobachten ist (Dominique Best, www.krimlex.de).

Auch wenn es keine bundeseinheitliche Definition von Intensivtätern gibt, wird häufig eine Definition zugrunde gelegt, die nicht nur die begangenen Taten berücksichtigt, sondern auch eine Prognose zukünftiger Taten. Beispiel Berlin: „Intensivtäter sind Straftäter, die verdächtig sind A. den Rechtsfrieden besonders störende Straftaten, wie z.B. Raub-, Rohheits- und/oder Eigentumsdelikte in besonderen Fällen, begangen zu haben oder B. innerhalb eines Jahres in mindestens zehn Fällen Straftaten von einigem Gewicht begangen zu haben und bei denen die Gefahr einer sich verfestigenden kriminellen Karriere besteht.“ (Reusch 2007).

Zu beachten ist dabei, dass durch die Definition der Täter als Intensivtäter eine Stigmatisierung erfolgt, die zu einer Identifikation mit dem Selbstbild als Intensivtäter führen kann, und im Zuge eines Teufelskreises wirken kann (vgl. Etikettierungs-, Labeling-Theorie).

Die in einzelnen Bundesländern vorliegenden Daten aus Geschäftstatistiken zu „Intensivtätern“, die zum Teil auch den Migrationshintergrund beinhalten, zeigen, dass der Anteil der Nichtdeutschen oder der Personen mit Migrationshintergrund an diesen Tätern überproportional hoch ist (Bund-Länder-AG 2007, S. 6).

Analysen von Intensivtätern lassen das Bild entstehen, dass diese sich hauptsächlich aus bestimmten Herkunftsregionen zusammensetzen. So stammen nach einer Untersuchung der Akten in Berlin 80 Prozent der Täter mit Migrationshintergrund aus nicht näher spezifizierten „arabischen“ Ländern (46 Prozent) oder der Türkei (33 Prozent, Quelle: Reusch 2007, Daten: 495 Berliner Intensivtäter, Stand Dezember 2007, zu beachten: die Anteile beziehen sich auf die Intensivtäter mit Migrationshintergrund).

„Der Umstand, dass etwa drei Viertel der in Berlin als „Intensivtäter“ klassifizierten einen Migrationshintergrund aufweisen, ist weithin bekannt und führt zumindest in der öffentlichen Diskussion regelmäßig zu der Annahme, dass nationale bzw. ethnische Zugehörigkeit und intensive Straffälligkeit in einem unmittelbaren Zusammenhang stünden.“ Befragungen von Intensivtätern machen nach Ansicht von Ohder deutlich, dass es sich hierbei um einen empirisch kaum haltbaren „Kurzschluss“ handelt, und die Aspekte Ethnizität und Nationalität eine differenziertere Betrachtung erfordern. „Dies alles deutet darauf hin, dass der Migrationserfahrung als solcher, dem generellen

Umstand kultureller und sozialer Randständigkeit in der hiesigen Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit zu schenken ist.“ (Ohder 2007).

Es zeigt sich, dass die Intensivtäter bei der Gemeinsamkeit des Migrationshintergrunds gänzlich unterschiedliche Migrationsbiographien aufweisen, teilweise bereits in der dritten Generation in Deutschland leben, teilweise als Spätaussiedler oder Flüchtlinge nach 1990 nach Deutschland gewandert sind. Unter ihnen betrachtet sich eine deutliche Mehrheit nicht als „deutsch“ sondern als „türkisch“, „kurdisch“, „palästinensisch“, „libanesisch“, „russisch“ oder „albanisch“; diese Selbstdefinition hat lebenspraktische Bedeutung. Gemeinsamkeiten bestehen darin, dass die Intensivtäter vor allem in sozialstrukturell benachteiligten „Problembezirken“ leben.

3. *Das Dunkelfeld der Gewalt von jugendlichen Migranten*

Um das Dunkelfeld der Gewalt von Jugendlichen zu erforschen, sind Täter- und Opferbefragungen (Dunkelfeldstudien) erforderlich. Hierbei werden Selbstauskünfte erhoben.

Es muss bedacht werden, dass die selbst berichtete Delinquenz eine valide Beschreibung der Situation sein kann, wenn der Einfluss sozialer Erwünschtheit auf die Antworten gering ist. Möglich ist aber auch ein Übertreiben, um sich in Szene zu setzen und ein Untertreiben; dies könnte bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder statusniedrigen Gruppen, die ihr Verhalten verharmlosen wollen, auftreten (Fuchs u.a. 2009). Insgesamt sind jedoch Befragungen eine wichtige Methode, um nicht polizeilich erfasste Handlungsweisen zu erforschen.

Gewalt von Jugendlichen

Das Kriminolforschungsinstitut Niedersachsen (KfN) führt seit Jahren Studien und Schülerbefragungen durch, um die Kriminalität von Jugendlichen und insbesondere von Migrant*innen zu erforschen (vgl. Pfeiffer u.a. 2005). Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern führte das KfN zuletzt eine bundesweite Schülerbefragung in der 9. Klasse durch. Folgende Thesen wurden aus den Ergebnissen gezogen (Beier u.a. 2009, Zusammenfassung):

- Für mehr als drei Viertel aller Jugendlichen gehörte Gewalt in den zwölf Monaten vor der Befragung nicht zu ihrem persönlichen Erfahrungsbereich.
- Zur Entwicklung der Jugendgewalt zeigen die Befunde der Dunkelfeldforschung seit 1998 insgesamt betrachtet eine gleichbleibende bis rückläufige Tendenz.
- Die höhere Tatverdächtigenbelastungsziffer bei Nichtdeutschen muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die Anzeigebereitschaft bei nichtdeutschen Tatverdächtigen höher als bei deutschen ist.
- Sowohl aus Opfer- wie aus Tätersicht zeigen die Daten zur selbstberichteten Jugendgewalt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger Gewalttaten begehen als deutsche Jugendliche.
- Der stärkste Einfluss auf Jugendgewalt geht von der Zahl der delinquenten Freunde im sozialen Netzwerk der Jugendlichen aus.
- Der Konsum von Alkohol und illegalen Drogen ist ein Risikofaktor für gewalttätiges Verhalten und unter Jugendlichen weit verbreitet.

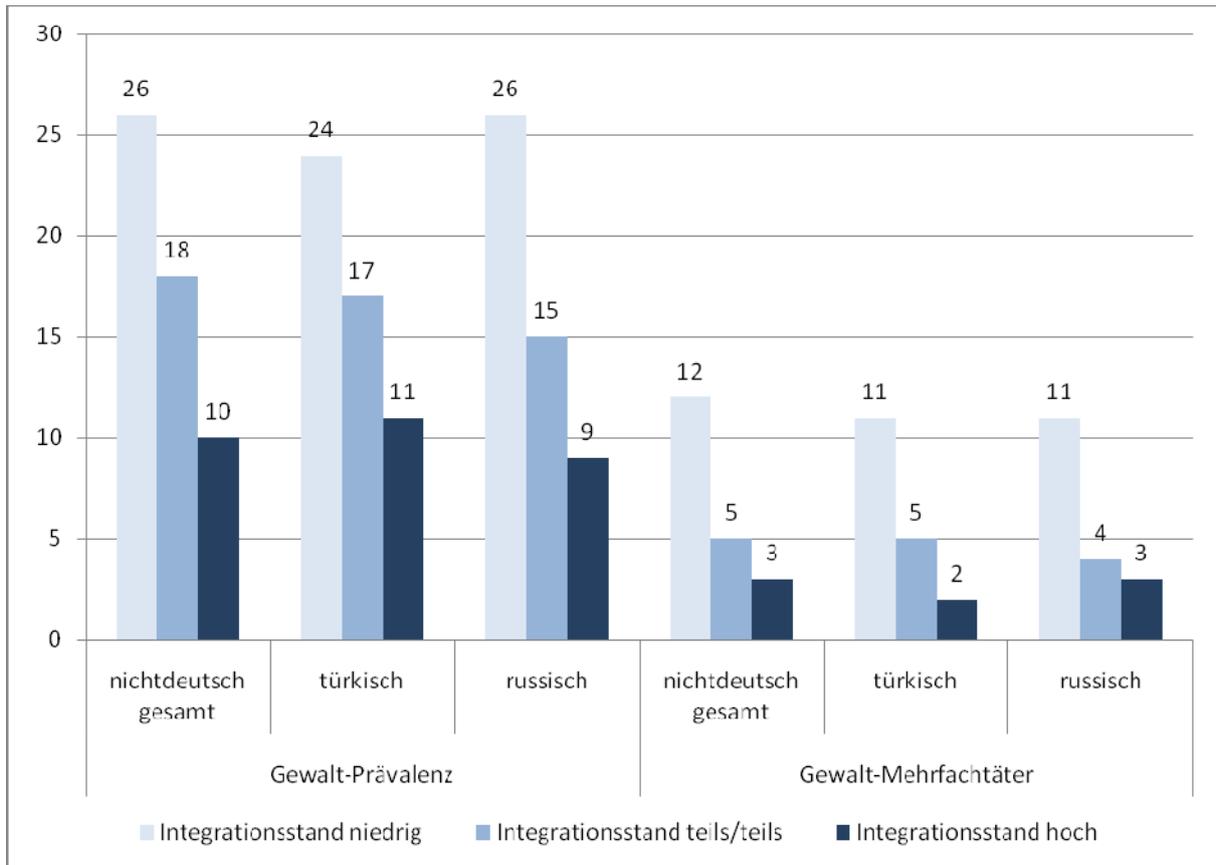
- Die überwiegend positiven Trends zur Entwicklung der selbstberichteten Jugendgewalt finden ihre Entsprechung im Anstieg präventiv wirkender Faktoren und im Sinken gewaltfördernder Lebensbedingungen der Jugendlichen. Die Verbesserung von Bildungschancen wirkt sich präventiv aus.

Über alle Gruppen hinweg begehen Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger Gewalttaten als deutsche. Hierbei treten die höchsten Gewalttäterraten bei männlichen Jugendlichen mit südamerikanischem Migrationshintergrund (37 Prozent) auf. Auf ähnlich hohem Niveau sind die Gewalttäterraten bei männlichen türkischen (31 Prozent), südeuropäischen und aus dem ehemaligen Jugoslawien/Albanien stammenden (30 Prozent), italienischen und nordamerikanischen (29 Prozent) sowie aus der ehemaligen Sowjetunion (28 Prozent) stammenden Jugendlichen (Baier u.a. 2009, S. 71). Insofern ist **Gewalt bei jugendlichen Migranten unterschiedlicher Herkunft häufig**, Schwerpunkte der Mehrfachtäterschaft zeigen sich bei südeuropäischen, italienischen, südamerikanischen, türkischen, nordamerikanischen, arabischen oder aus dem ehemaligen Jugoslawien stammenden Jugendlichen (Baier u.a. 2010, S. 78).

Die Gewalttäterschaft hängt nicht vom Migrationshintergrund ab, sondern steht im Zusammenhang mit anderen Faktoren.

- Ein Zusammenhang zeigt sich zwischen **Bildung und Gewalt**. Es konnte gezeigt werden, dass eine Verbesserung der schulischen Integration von Migrant*innen Jugendlichen mit einer verringerten Gewalttäterquote korreliert. In Kreisen mit hoher Abiturquote unter türkischen Migrant*innen Jugendlichen ist die Gewaltbereitschaft niedriger (Baier u.a. 2009, S.75.).
- Fasst man die **Integration** auf den Dimensionen strukturell, sozial, kulturell und identifikativ zu einem Index zusammen, zeigt sich ein **Zusammenhang mit der Gewalttäterschaft** (Abbildung 7). So weisen hoch integrierte nichtdeutsche Jugendliche eine Gewaltprävalenz von 10 Prozent auf, niedrig integrierte dagegen von 26 Prozent. Bei türkischen Jugendlichen liegen die Werte zwischen 11 und 24 Prozent, bei russischen Jugendlichen ist die Differenz noch höher, 9 Prozent und 26 Prozent (Baier u.a. 2010, S. 79). Unter den niedrig integrierten türkischen oder russischen Jugendlichen sind 11 Prozent Mehrfachtäter, unter den hoch integrierten sind es jeweils nur zwei oder drei Prozent.

Abbildung 7: Gewalt-Prävalenz und Mehrfachtäterschaft nach Stand der Integration und Herkunft

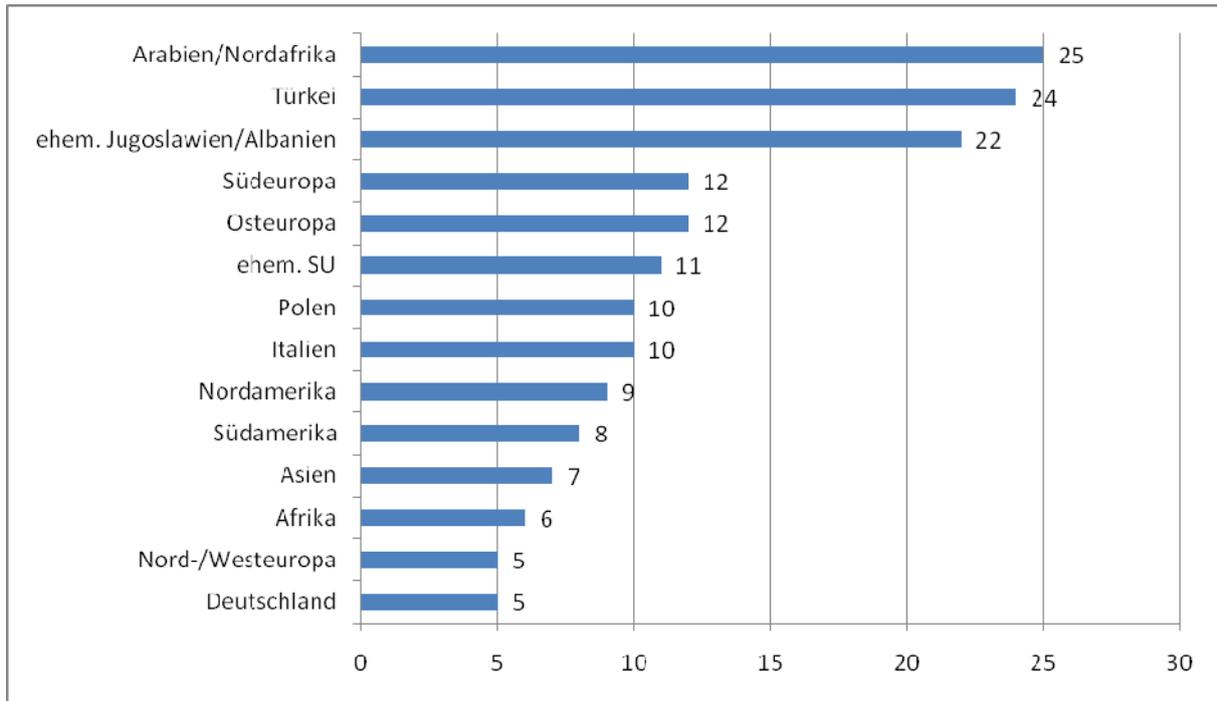


Quelle: KFN Schülerstudie, Täterbefragung, Angaben in Prozent. Darstellung übernommen aus Baier u.a. 2009, S. 79.

- Eine Ursache für die bei Migrantenjugendlichen weit verbreitete Gewalttätigkeit wird vom KFN in „**gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen**“ gesehen¹³ (Baier u.a. 2009, S. 72). Männliche Jugendliche aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, dem nordafrikanischen sowie arabischen Raum weisen eine höhere Zustimmung auf. Allerdings liegen die Zustimmungsquoten bei unter 25 Prozent, d.h. weniger als ein Viertel befürworten diese Einstellungsmuster (Abbildung 8).
- Jugendliche, die diesen Normen zustimmen, weisen eine erhöhte Gewaltprävalenz auf. 45 Prozent haben innerhalb eines Jahres mindestens eine Gewalttat begangen, meist Körperverletzung (Abbildung 9). 24 Prozent haben mehr als fünf Taten begangen.

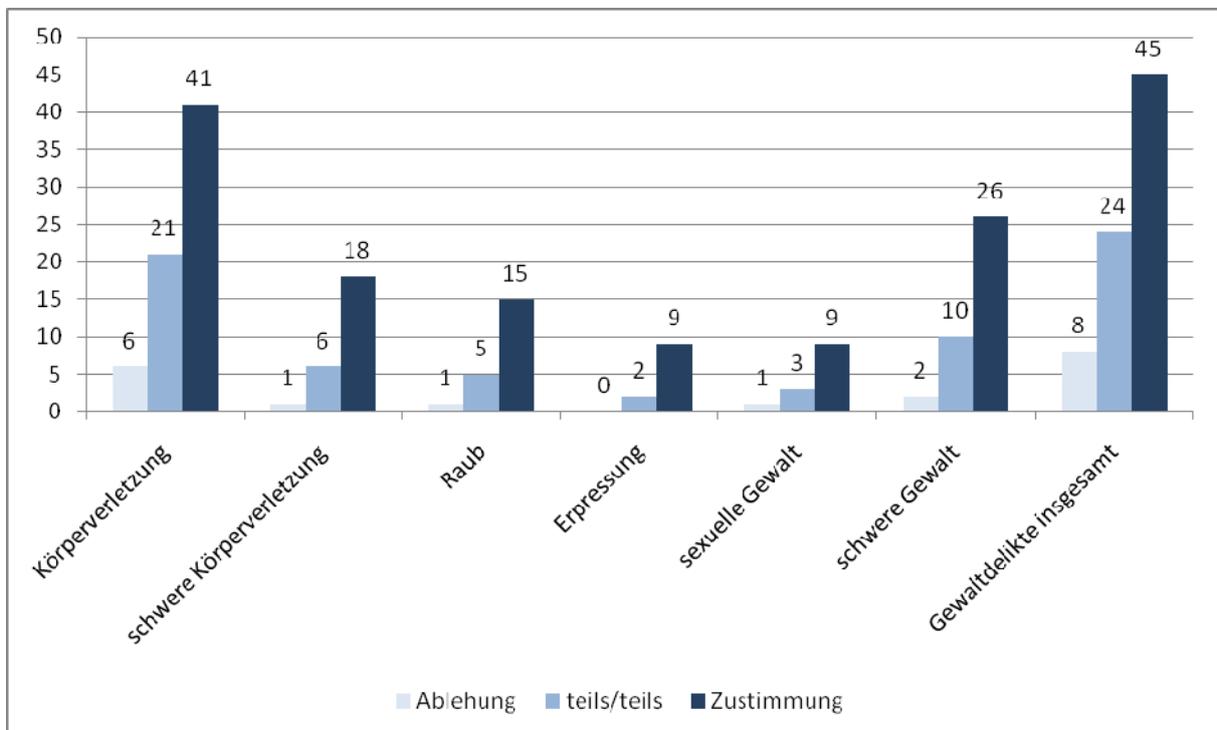
¹³ Im einzelnen waren dies die folgenden Aussagen: „Einem Mann als Familienvater müssen Frau und Kinder gehorchen“, „Wenn eine Frau ihren Mann betrügt, darf der Mann sie schlagen“, „Ein Mann sollte bereit sein, Frau und Kinder mit Gewalt zu verteidigen“, Ein Mann, der nicht bereit ist, sich gegen Beleidigungen zur Wehr zu setzen, ist ein Schwächling“, „Der Mann ist das Oberhaupt der Familie und darf sich notfalls auch mit Gewalt durchsetzen“, Männern sollte es erlaubt sein, Schusswaffen zu besitzen, um ihre Familie oder ihr Eigentum zu beschützen“, „Ein richtiger Mann ist bereit zuzuschlagen, wenn jemand schlecht über seine Familie redet“ und „Ein richtiger Mann ist stark und beschützt seine Familie“.

Abbildung 8: Zustimmung zu gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen nach Migrationshintergrund



Quelle: KFN Schülerstudie, Angaben in Prozent. Darstellung übernommen aus Baier u.a. 2009, S. 72. Angaben in Prozent. Nicht dargestellt: weibliche Befragte.

Abbildung 9: Gewalttäterraten nach Zustimmung zu gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen



Quelle: KFN Schülerstudie, Angaben in Prozent. Darstellung übernommen aus Baier u.a. 2009, S. 73. Angaben in Prozent.

- Weitere Faktoren, die auf die Gewalttäterschaft einwirken, sind **Wohnsegregation und soziale Kontakte**. Je geringer die ethnische Konzentration in bestimmten Wohnvierteln ist und je häufiger Kinder mit Migrationshintergrund bei Einheimischen zum Geburtstag eingeladen wurden, desto geringer fällt die Gewaltrate bei ihnen aus (Baier u.a. 2010, S. 97).
- Unter dem Begriff der „**Deutschfeindlichkeit**“ subsumiert das KFN gegen einheimische Deutsche gerichtetes gewalttätiges Verhalten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In hohem Maße geht nach Angaben der Täter verbale Gewalt (beschimpfen) von türkischen Jugendlichen oder Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien aus (31 und 28 Prozent). Das gleiche gilt für körperliche Gewalt (geschlagen), allerdings sehr viel seltener (8 Prozent, 7 Prozent).
- Diese Delikte hängen eng mit der **Erfahrung von Gewalt** zusammen, d.h. 41 Prozent derjenigen, die mindestens einen Übergriff von Deutschen erlebt haben, berichten auch von einem „deutschfeindlichen“ Vergehen. Insofern dies vor dem Hintergrund ethnischer Konflikte unter den Jugendlichen betrachtet werden; unklar ist die Ursache-Wirkungs-Abfolge.

Gewalt in der Schule

Bei einer Wiederholungsbefragung in bayrischen Schulen in den Jahren 1994, 1999 und 2004 (Fuchs u.a. 2009) zeigte sich, dass unter den Gewaltarten verbale Gewalt mit Abstand am häufigsten auftrat (z.B. beschimpfen 18 Prozent oft/sehr oft), physische Gewalt (z.B. Mitschüler schlagen 8 Prozent), Gewalt gegen Sachen (Sachbeschädigung 2 Prozent) und psychische Gewalt seltener.

- Die Gewaltbelastung an Schulen nimmt zwischen 1994 und 2004 ab, dies zeigt sich an Täter- wie Opferzahlen.
- Ein kleiner harter Kern der häufigen Täter (2 Prozent) sind für ein Viertel aller Gewaltaktivitäten verantwortlich, diese Gruppe nimmt bei 10-13-jährigen zu.
- Mit steigendem Bildungsniveau sinkt die Gewalt. Gymnasiasten weisen deutlich geringere Gewalthäufigkeit auf, außer bei physischer Gewalt gegen Sachen. An allen Schulen ist ein Rückgang feststellbar, vor allem bei Berufsschulen, wobei an Hauptschulen der Rückgang der Gewalt weniger stark ist, in Realschulen bei physischer Gewalt ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist und die Unterschiede der Schulform bestehen bleiben.
- Der Abstand zwischen den Geschlechtern ist groß, alle Gewaltformen sind bei Schülern um Vielfaches häufiger, lediglich bei verbaler Gewalt sind auch Schülerinnen häufiger dabei.
- In allen Altersgruppen ist ein Rückgang feststellbar, besonders bei Älteren. Die These der Vorverlagerung der jugendphasenspezifischen Gewaltaktivität lässt sich nicht halten.

Eine Reihe von Faktoren erhöhen die Gewaltbereitschaft (Abbildung 10). Diese kumulieren zu einem Ursachenkomplex, der aus Gewalt in Familien (hierbei interessanter Aspekt: Opfer familiärer Gewalt sind auch oft Opfer von Gewalt durch Mitschüler), Migrationshintergrund, Schulschwänzen, Waffenbesitz, Drogenkonsum (Alkohol, illegale Drogen) und Mediennutzung besteht.

Abbildung 10: Faktoren im Kontext der Gewalt in der Schule



Quelle: eigene Darstellung, Liste der Faktoren übernommen aus Fuchs u.a. 2009 (einzelne Kapitel)

Gewaltbereitschaft von Muslimen

Das Forscherteam Brettfeld/Wetzels hat sich in mehreren Studien mit der Gewaltbereitschaft von Migrantinnen und Migranten und dem Zusammenhang mit der Religion befasst. Eine erste Auswertung bezieht sich auf Daten der KFN-Schülerbefragung 2000 mit Jugendlichen aus der neunten und zehnten Jahrgangsstufe aus Hamburg, Hannover, München und Leipzig sowie aus dem Landkreis Friesland aus dem Jahr 1999, die (Wetzels/Brettfeld 2003, Brettfeld/Wetzels 2003). Es wird unterschieden zwischen Aussagen, die eine Einteilung in „niedrig gewaltbefürwortende“, „hoch gewaltbefürwortende“ oder „gewaltaffine“ Jugendliche ermöglichen. Bei Jungen sind es überproportional muslimische Ausländer, aber auch christliche Aussiedler, die als gewaltaffin gelten können (Tabelle 2). Bei den Mädchen sind die Anteile der Gewaltaffinen niedriger, wobei auch hier die muslimischen Ausländerinnen mit Abstand die höchste Gewaltbereitschaft aufweisen.

Tabelle 2: Gewaltaffinität bei Jugendlichen

Geschlecht	Weiblich	männlich
Ausländer islamisch	18	39
Ausländer christlich	9	28
Aussiedler christlich	5	33
Einheimisch christlich	6	20

Quelle: KFN-Schülerbefragung 2000, Darstellung übernommen aus Brettfeld/Wetzels 2003, S. 290, in Prozent, gerundet

Bei einer speziell für das Bundesministerium des Innern durchgeführten Studie zu Muslimen in Deutschland wurden - neben einer telefonischen Bevölkerungsbefragung und einer Befragung im Umfeld von Moscheen - im Jahr 2005 rund 2.600 Schüler der neunten oder zehnten Jahrgangsstufe auf berufs- oder allgemein bildenden Schulen in Berlin, Hamburg, Köln und Augsburg befragt (Brettfeld/ Wetzels 2007). Unter den Jugendlichen waren 500 Muslime, wobei 70 Prozent einen türkischen Herkunftshintergrund hatten, über 600 waren nicht muslimische Jugendliche mit Migrationshintergrund, rund 1.500 waren nicht-muslimische Einheimische.

Alle drei Untersuchungsteile zeigen übereinstimmend die enorm hohe Bedeutung, die der Religion für die in Deutschland lebenden Muslime zukommt. Dies zeigt sich auch in der Legitimierung von Gewalt. Es wird ein Potenzial von knapp 6 Prozent der Muslime festgestellt, die als gewaltaffin im Sinne einer Akzeptanz unterschiedlicher massiver Formen politisch-religiös motivierter Gewalt (z.B. bewaffneter Kampf) zu kennzeichnen sind (Brettfeld/Wetzels 2007, S. 494).

Auch bei der Untersuchung bei muslimischen Jugendlichen zeigt sich ein hohes Ausmaß der Akzeptanz „politisch-religiös motivierter Gewalt“. 11,1 Prozent der muslimischen Jugendlichen akzeptieren diese in hohem Maße (Brettfeld/Wetzels 2007, S. 321). Dies indiziert, dass das Potenzial der für politische Radikalisierung bis hin zu massiver Gewalt ansprechbaren jungen Muslime bei den jungen Menschen deutlich größer ist als in der Allgemeinbevölkerung.

Bezogen auf die Einstellung zur allgemeinen personalen Gewalt sind unter den befragten muslimischen Jugendlichen 24 Prozent als gewaltaffin zu kennzeichnen (Brettfeld/Wetzels 2007, S. 310). Bei den nichtmuslimischen jugendlichen Migranten sind dies mit 16 Prozent und bei den nichtmuslimischen einheimischen mit 15 Prozent deutlich weniger (Tabelle 3).

Tabelle 3: Gewaltbefürwortung bei Jugendlichen

	Muslime	Nichtmuslimische Migranten	Nichtmuslimische Einheimische
Wenn jemand mich angreift, dann schlage ich auch zu	85	74	65
Der Stärkere muss sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt	30	21	15
Wenn ich zeigen muss, was ich draufhabe, würde ich auch Gewalt anwenden.	19	18	12
Wenn mich jemand provoziert, werde ich schnell gewalttätig	35	24	19
Über Gewalt schaffen Jugendliche klare Verhältnisse,	32	27	24
Auge um Auge, Zahn um Zahn, so ist nun mal das Leben	39	28	23
Gesamtskala Gewaltaffinität (11 Fragen)	24	16	15

Quelle: Schülerbefragung, Darstellung übernommen aus Brettfeld/Wetzels 2009, S. 310. Auszug aus Tabelle 77, nur Fragen mit signifikanten Mittelwertunterschieden, Zustimmung in Prozent.

Sozialräumliche Aspekte der Gewalt

Insbesondere die Studien des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) in Bielefeld haben sich mit den sozialräumlichen Bedingungen der Integration und Konzentration von Problemlagen und ethnischen Konflikten befasst (Heitmeyer/Anhut 2000, Heitmeyer/Imbusch 2005, Heitmeyer/Thome 2010). Zentral sind dabei die Konflikte, die sich in ethnisch gemischten sozialräumlichen Wohnsituationen in Großstädten ergeben.

Bedeutsam ist der Punkt, dass Gewalt nicht in jeder Stadt gleichermaßen auftritt.

Städte können sozioökonomisch belastet sein, stagnierend oder eher stabil (Heitmeyer/Anhut 2000, S. 179). Mit Unterschieden zwischen Städten lassen sich auch die deutlichen Unterschiede bei der Gewaltbereitschaft der Einwohner erklären. Stadtteile innerhalb der Städte unterscheiden sich stark, je nachdem, wie hoch der Anteil von Personen ist, die von Desintegration betroffen sind. Darunter sind neben Migrantinnen und Migranten auch sozial unterprivilegierte Einheimische. Ein hoher Anteil an desintegrierten Personen in Stadtteilen geht mit einem hohen Gewaltpotenzial einher.

Die Auswirkungen des sozialräumlichen Kontextes städtischer Armutsquartiere zeigen sich z.B. in der Kriminalität (Oberwittler/Rabold/Baier 2010).

Es besteht eine hohe räumliche Korrelation zwischen der Segregation der Armen und der Migrantinnen und Migranten (Friedrichs/Triemer 2009, S. 117). Eine Untersuchung in dreißig Städten zeigt, dass das Ausmaß der sozialräumlichen ethnischen Segregation in den Stadtvierteln unterschiedlich und über die Zeit hinweg sehr stabil ist (Friedrichs/Triemer 2009, S. 77). Ausländer konzentrieren sich meist in wenigen Stadtteilen der Städte und der Ausländeranteil in diesen Stadtteilen beträgt bis zu 70 Prozent (Frankfurter Berg).

Die Gewaltbereitschaft ist somit kein ethnisch bedingtes Phänomen, sondern aufgrund der räumlichen Konzentration von Zuwanderern, die von Desintegration betroffen sind, in Problemquartieren der Großstädte kumulieren dort Problemlagen.

Fazit unterschiedlicher neuerer Studien zur sozialräumlichen Segregation und den Problemen, die sich aus dem Wohnen in benachteiligten Wohnquartieren ergeben, kann sein, dass Integration auf lokaler Ebene stattfindet und dass Integrationspolitik somit auch in Kommunen und auf Stadtteilebene ansetzen kann (Gesemann/Roth 2009).

4. Ursachen und Erklärungsfaktoren

Allgemeine Erklärungen für Gewalt bei Jugendlichen

Aus Erklärungen für abweichendes Verhalten lassen sich Schlussfolgerungen für Handlungsstrategien ziehen. Insofern sollen hier kurz eine Reihe von unterschiedlichen Ansätzen zur Erklärung allgemeinen abweichenden Verhaltens (Lüdemann/Ohlemacher 2002 – Kapitel 2) und abweichenden Verhaltens bei Jugendlichen (Hurrelmann 2007) dargestellt werden.

Es kann unterschieden werden zwischen ätiologischen Theorien, die Ursache-Wirkungsketten beinhalten, auf der einen Seite und interaktionistischen Theorien, die die Etikettierung und Stigmatisierung durch die Gesellschaft (Labeling) in den Vordergrund stellen, auf der anderen Seite (Lamnek 2007, I, S. 246, Kap. 7.1).

Tabelle 4: Zentrale Aussagen von Theorien zur Devianz und daraus abgeleitete Schlussfolgerungen

Theoretischer Ansatz	Zentrale Aussage	Schlussfolgerungen/Beispiele für Handlungsstrategien
Kausale Ursachen		
Anomietheorie (Merton)	Sozialstruktur ist entscheidend, Personen, die nicht die Mittel haben, um auf legitimen Weg kulturelle Ziele (Einkommen, Status) zu erreichen, greifen vermehrt zu illegitimen Mitteln.	Verbesserung der sozialen Lage und der Perspektiven (Bildungschancen) benachteiligter Bevölkerungsgruppen oder Mäßigung des Anspruchsniveaus.
Subkultur/ Kulturkonflikt	Normen von Teilgruppen/Minderheiten sind entscheidend, subkulturelle Milieus und Cliques prägen Verhalten, stehen in partiellem Konflikt mit Mehrheitskultur.	Förderung des subkulturellen Zusammenlebens (z.B. Anerkennung) oder Versuche, subkulturelle Normen/Minderheitennormen zu wandeln.
Theorie des differentiellen Lernens/Theorie differentieller Kontakte (Sutherland)	Erlernen von Verhaltensweisen in Bezugsgruppen entscheidend, kriminelle Kontakte wirken sich auf die Einstellung zu Gesetzesverletzungen aus („Unterschichtenkriminalität“).	Herauslösen aus dem Milieu Ändern der Bezugsgruppen, Abbrechen der Kontakte zu devianten Freunden, Erlernen der Normen anderer Bezugsgruppen (interkulturelle Kontakte), Mitgliedschaften in Vereinen/Organisationen.

Ökonomische Kriminalitätstheorien	Kosten/Nutzen nicht-konformer Handlungsalternativen wird abgewogen. Abweichendes Verhalten ist lohnenswert, wenn Alternativen fehlen, wenn Strafmaß niedrig, wenn Wahrscheinlichkeit der Sanktion gering.	Verhaltensalternativen für potenzielle Täter schaffen (Bildung, Berufsausbildung), Strafmaß erhöhen, Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Täter entdeckt werden (Polizeieinsatz), durch Aufklärung der Bevölkerung die Anzeigebereitschaft erhöhen.
Routine-Activity-Ansatz (Cohen/Felson)	Makrostrukturelle Faktoren sind entscheidend. Delikthäufigkeit wird von Motiven potenzieller Täter, Gelegenheiten für Tat, Verfügbarkeit von Opfern und dem Fehlen schützender Personen/Umstände bedingt.	Gelegenheiten für Taten verhindern, Taten erschweren, Überwachung erhöhen, potenzielle Opfer aufklären und Opfer schützen.
Labeling-Ansatz		
Labeling-Ansatz /Etikettierungstheorie	Vorurteile, Stigma, Verhalten der Gesellschaft gegenüber Abweichlern entscheidend, durch ein Stigma werden konforme Handlungsmöglichkeiten vermindert, Abschreckung durch Strafandrohung wirkungslos oder kontraproduktiv.	Stigmatisierung und Diskriminierung von Tätern verringern, Eingliederung in die Gesellschaft verbessern Chancengleichheit schaffen, Teufelskreis durchbrechen.
Psychologische Ansätze		
Jugend-psychologischer Ansatz Bewältigungskompetenzen	Bewältigungskompetenz von Jugendlichen ist entscheidend, bei nach außen gerichteter Form der Problembehandlung erfolgt Gewalt, Aggressivität. Bewältigungskompetenz abhängig von personalen und sozialen Ressourcen sowie den Problemkonstellationen.	Problemkonstellationen ändern, personale und soziale Ressourcen stärken, psychologische Betreuung, Betreuung von Jugendlichen und deren Familien durch Sozialarbeit.
Techniken der Neutralisierung (Sykes/Matza)	Ablehnung der Verantwortung, Verneinung des Unrechts, Ablehnung des Opfers, Verdammung der Verdammenden, Berufung auf höhere Instanzen.	Unrechtsbewusstsein schaffen, Eigenverantwortlichkeit stärken, Anerkennung der Opfer.

Quelle: Ansätze aus Lamnek 2007, Ohlemacher/Lüdemann 2002, Hurrelmann 2007, eigene Schlussfolgerungen.

Im Rahmen der Jugendsoziologie wird festgestellt, dass abweichendes Verhalten im Jugendalter häufig auftritt, und insbesondere bei Problemkonstellationen und geringen

personalen Ressourcen (Persönlichkeitsfaktoren) und sozialen Ressourcen (Unterstützung durch Familie etc.) nach außengerichtete, externalisierende Verhaltensweisen auftreten, die sich in Familie, Schule, Arbeitsplatz, Freundeskreis, Öffentlichkeit, z.B. Protest, antisoziales Verhalten, Aggression, Gewalt, Kriminalität äußern. (im Gegensatz dazu: nach innen gerichtet, psychosomatische Störungen, Isolation, Rückzug, Desinteresse, Depression, Suizidversuche oder ausweichendes nonkonformes Verhalten, unstete Beziehungsmuster, z.B. Drogen, Essstörungen).

Kriminalität und Gewalthandlungen sind somit nach außen gerichtete Formen der Problemverarbeitung. Sie äußern sich in

- sozial abweichendem delinquenten Verhalten: Aggression, Gewalt
- kriminellem Verhalten: deviantes Verhalten, das strafbar ist (Diebstahl, Körperverletzung, Raub, Konsum illegaler Drogen, Teilnahme an verbotenen Demonstrationen)

Dies kann als Reaktion auf unterprivilegierte Lebensumstände gesehen werden, wobei das Dilemma darin besteht, dass tragende gesellschaftliche Werte und Ziele nicht umsetzbar sind (vgl. Anomietheorie) und daher Erfolg und Anerkennung in Subkulturen mit eigenen Normen gefunden wird (vgl. Theorie differentieller Kontakte, Subkulturtheorie). Aggression in der Schule schafft somit innerhalb dieser Bezugsgruppen sozialen Status durch demonstrativen Gebrauch physischer Gewalt.

Angesichts der Komplexität der Erklärungsansätze gibt es keine einfachen Lösungen oder eindimensionale Schlussfolgerungen.

Folgt man dem Labeling-Ansatz, müsste die Stigmatisierung von Migrant*innen beendet werden, um den Teufelskreis zu beenden.

Folgt man der Anomietheorie, ist der niedrige sozioökonomische Status eine Hauptursache, so dass mit Verbesserung des Wohlstands Verhaltensänderungen erzielt werden.

Auch der Kosten-Nutzen-Ansatz bringt Verhalten mit der Lebenslage und den Zukunftsperspektiven zusammen, denn auch noch so hohe Strafen wirken nicht abschreckend, wenn man keine anderen Perspektiven ausser illegitimen Handlungen sieht und nichts zu verlieren hat.

Der Routine-Activity-Ansatz setzt auf Veränderung der Gelegenheitsstrukturen nach dem Motto „Gelegenheit macht Diebe“ und auf Überwachung von potenziellen Tatorten, auch technische Lösungen, und Schutz für potenzielle Opfer, so dass die Wahrscheinlichkeit einer Tat verringert wird.

Bei Berücksichtigung der subkulturellen Normen und differenziellen Kontakte müssten Veränderungen bei den Werten und Normen sowie der sozialen Beziehungen potenzieller Tätergruppen angesetzt werden. Die Schwierigkeit liegt darin, dass die Sozialisation, Normbildung und die Sanktionierung in den Familien und teilweise devianten sozialen Netzwerken erfolgt und dieses Milieu und die Bezugsgruppen nicht einfach gewechselt werden können und auch die (sub-)kulturellen Werte und Normen sich nicht einfach ändern lassen. Aufklärung und die Verbesserung des interkulturellen Zusammenlebens können sich förderlich auswirken.

Der jugendpsychologische Ansatz zielt auf die Stärkung personaler und sozialer Ressourcen potenzieller Täter ab, im Kern psychologische und sozialpädagogische Unterstützung.

Die „Techniken der Neutralisierung“ weisen auf einen schwierigen psychologischen Aspekt hin, dass Gewalttäter die Opfer oder ihre eigene Verantwortung für die Tat nicht anerkennen.

Spezielle Erklärungsfaktoren bei jugendlichen Migranten

Es muss deutlich gemacht werden, dass „Kriminalität keine Frage des Passes, sondern eine Frage von Lebenslagen ist“ (Steffen/Elsner 2000). Die zeigt sich auch daran, dass unter den Risikogruppen jugendliche Aussiedler sind, die deutsche Staatsbürger sind. Die Herkunftsgruppen der betreffenden Jugendlichen sind somit breit gestreut. Die relativ hohe Kriminalitätsbelastung, die höhere Gewaltbereitschaft oder die häufigere Anwendung von Gewalt bei männlichen jugendlichen Nichtdeutschen und Aussiedlern kann demnach nicht auf die ethnische Herkunft, persönliche Schwächen oder gar angeborene Defekte des Sozialverhaltens zurückgeführt werden, sondern eher als Hinweis auf problematische Lebenslagen verstanden werden. In diesem Sinne unterscheidet sich die Kriminalität von Ausländer- oder Aussiedlerjugendlichen kaum von der Kriminalität anderer Jugendlicher, die sich in einer ähnlichen Situation befinden.

Es lassen sich eine Reihe von Faktoren finden, die mit einer erhöhten Kriminalitätsrate bei Migrantenjugendlichen einhergehen (siehe ausführlich: Haug/Baraulina/Babka von Gostomski 2008). Keiner dieser Faktoren kann aber einen Alleinanspruch auf die Erklärung der Delinquenz erheben. Dazu zählen die

- soziale Randlage (Bildungsbenachteiligung, Arbeitslosigkeit, sozialräumliche Segregation)
- migrationspezifische strukturelle Benachteiligungsprozesse (Quereinsteiger im Schulsystem, Sprachdefizite)
- öffentliche und institutionelle Diskriminierung (erhöhte Anzeigebereitschaft der Bevölkerung, härtere Verurteilungspraxis)
- und aus dem Herkunftsland mitgebrachte Verhaltensnormen (patriarchales Männlichkeitsbild, gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen).
- Außerdem tragen Faktoren wie familiäre Erziehung und Gewalterfahrungen in der Familie
- Medienkonsum (Gewalt in Medien als Rollenmodell) und
- Cliquenbildung, auch in Verbindung mit Drogenkonsum zum erhöhten Kriminalitätsrisiko bei.

Speziell zur Erklärung der Gewaltbereitschaft bei **Muslimen** wurden von Brettfeld/Wetzels (2007) drei Teilgruppen der islamischen Radikalisierung und des islamistischen Fundamentalismus identifiziert, die **religiös motivierte politische Gewalttendenzen** aufweisen.

1. Ein erster Aspekt hängt mit **geringen Partizipationsoptionen aufgrund geringer Bildung und dem Erleben von Ausschluss und Diskriminierung** zusammen; diese führen zur Radikalisierung.

2. Eine zweite Gruppe von Muslimen, die Radikalisierungstendenzen aufweisen, sind **religiös traditionalistisch Orientierte, die den Rückzug in ein traditionelles ethnisches Milieu** wählen.
3. Als dritter wichtiger Faktor wurde die **„stellvertretende Viktimisierung“** identifiziert. Dieser Mechanismus beruht darauf, dass Muslime, die selbst keine Erfahrungen mit sozialer Schlechterstellung oder Diskriminierung haben, sich aber mit anderen Muslimen identifizieren, die aus ihrer subjektiven Sicht einen Opferstatus haben und sich somit in einer Opferrolle sehen. Daraus ergibt sich eine Zugehörigkeit zu einer imaginären Gemeinschaft, die es erschwert, sich zur Aufnahmegesellschaft zugehörig zu fühlen, selbst wenn Integrationserfolge in Schule und Beruf erzielt wurden.

Anknüpfend an Nisbett und Cohens theoretischen Ansatz der Kultur der Ehre wurde von Enzmann/Brettfeld/Wetzels (2003) der Faktor **„gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen“** zur Erklärung der höheren Delinquenzbelastung von männlichen Migrantenjugendlichen untersucht. Gestützt auf Befragungsdaten von 11.000 jugendlichen Schülern zeigt sich, dass diese einen substantiellen Beitrag zur Erklärung von Gewalt- und auch Eigentumsdelinquenz männlicher und weiblicher jugendlicher Migranten leisten können, wohingegen die sozioökonomische Benachteiligung allein nicht zur Erklärung ausreicht. Bei der gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnorm handelt es sich weniger um einen ethnisch spezifischen kulturellen Faktor, sondern derartige Orientierungen entstehen im Kontext von sozialer Benachteiligung und Marginalisierung.

Ein patriarchalischer Ehrenkodex, der die Sicherung der Keuschheit der Frauen durch ihre männlichen Familienmitglieder und eine hohe Gewaltbereitschaft mit dem Ehrbegriff verknüpft, ist traditionell im südeuropäisch-mediteranen Raum verankert (Giordano 1981, Schmidt 1981).

Allerdings ist inzwischen auch bei südeuropäischen Ländern innerhalb der europäischen Gemeinschaft eine Angleichung der Einstellungen im Hinblick auf Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu beobachten. Anhand der Europäischen Wertestudie 2000 wurden die Einstellungsmuster der Bevölkerung unterschiedlicher Länder untersucht, wobei sich trotz mitunter beachtlicher Varianzen innerhalb der Einstellungen der (EU-)Europäer eine deutliche Randstellung der Türkei im europäischen Vergleich feststellen lässt (Wuermeling 2007). In Bezug auf die Unterstützung der Gleichberechtigung stellte sich der Muslimanteil in einem Land als entscheidender Erklärungsfaktor heraus.

Nimmt man diese Ergebnisse aus den Herkunftsländern als Hinweis auf mögliche Einstellungsmuster der Zuwanderer aus diesen Herkunftsländern, könnten insbesondere unter muslimischen Migrantenjugendlichen die „Kultur der Ehre“ und gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen besonders präsent sein.

Fazit zu Risikogruppen

Insgesamt zeigen sowohl die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) als auch verschiedene Dunkelfeldstudien einen absoluten Rückgang als auch einen Rückgang der Anteile gewalttätiger Jugendlicher (vgl. auch Baier 2008: 13ff).

Wie ist zu erklären, dass diese Befunde dem medialen und politischen Diskurs zuwiderlaufen? Dies könnte damit zu tun haben, dass Medien sich auf spektakuläre Einzeltaten (Amokläufer) oder einzelne Schulen (z.B. die Rütlschule in Berlin oder die aktuelle Debatte um die Otto-Hahn-Gesamtschule in Berlin-Neukölln¹⁴) oder einzelne Tätergruppen konzentrieren, da diese Fallbeispiele personalisiert, leichter kommunizierbar und für die Öffentlichkeit interessanter sind.

Insbesondere die Tätergruppe Migrantenjugendliche wird häufig diskutiert, was auch mit den Befunden erklärbar ist. Fasst man die Ergebnisse der Analyse der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik und der Dunkelfeldstudien zur Einstellung und zum Verhalten von Jugendlichen/Schülern zusammen, kristallisiert sich eine Risikogruppe heraus. Männliche jugendliche Migranten (darunter auch Aussiedler) weisen ein erhöhtes Delinquenzrisiko bei Gewalttaten auf. Bei ihnen kumulieren häufig unterschiedliche Faktoren und Ursachen der Gewalt.

Eine Überblicksbetrachtung (ausführlich Babka von Gostomski/Rühl/Wolf 2008: 64ff) von ausgewählten Dunkelfelduntersuchungen zu jugendlichen Gewalttätern kommt zu dem Ergebnis, dass eine Reihe von Faktoren das Risiko für Gewalthandlungen erhöhen (Tabelle 5).

Tabelle 5: Faktoren die das Risiko der Gewalt bei Jugendlichen erhöhen

Bereich	Faktoren
Individuelle Faktoren	Männlich Wahrnehmung vieler Benachteiligungen/Diskriminierungen Geringes Selbstwertgefühl Unbändiges/aufbrausendes Temperament Traditionelle Geschlechtsrollenorientierung Geringes Vertrauen in rechtsstaatliche Behandlung in Deutschland Häufiger Alkoholkonsum Zustimmung zu vergeltungsorientierten Konfliktlösungsstrategien Befürwortung von Gewalteinstellungen Befürwortung von gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen Häufiges Spielen von Kampfspielen/Egoshooter
Familiäre Faktoren/soziale Schicht	Familien mit hohem innerfamiliären Konfliktpotential Eltern, die wenig Ablehnung gegenüber Gewalteinstellungen zeigen Opfererfahrung/Erlebnis von Gewalt in der Familie von Gewalt in der Vergangenheit niedriges Einkommen/prekäre Arbeitsmarktsituation der Eltern
Schule	bildungsferne soziale Schicht /Hauptschule Schulabsentismus (Schulschwänzen)
Peer-Faktoren/ Bezugsgruppen	Clique/Freundeskreis mit vielen delinquenten Mitgliedern/Freunden Opfererfahrung/Erlebnis von Gewalt in der Clique, im Freundeskreis, mit Gleichaltrigen
Umweltfaktoren-/ Nachbarschaftsfaktoren	Familie in Armutsnähe Leben in benachteiligten Wohnquartieren in Großstädten

Quelle: basierend auf der Übersicht in Haug/Rühl/Babka von Gostomski 2008, S. 221, Systemantik leicht verändert übernommen aus Scheithauser/Rosenbach/Niebank 2008: 43f.

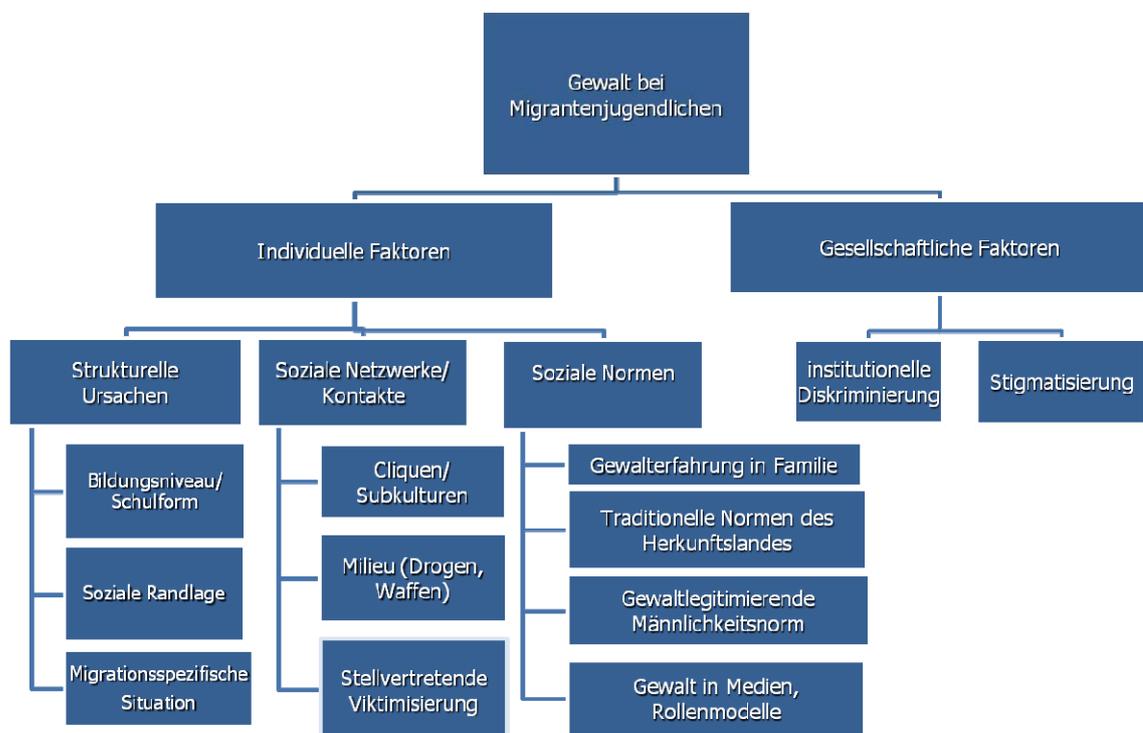
Widersprüchliche Ergebnisse zeigen sich je nach Studie hinsichtlich eines Unterschieds der Anteile der Gewalttäter bei Jugendlichen mit verschiedenem Migrationshintergrund. Aber auch Studien, die einen höheren Anteil Jugendlicher mit türkischem

¹⁴ "Schweinefresser". Was tun, wenn Migrantenkinder deutsche Mitschüler unterdrücken? Berliner Lehrer sind verzweifelt. DIE ZEIT, 08.10.2010, <http://www.zeit.de/2010/41/Schule-Mobbing-Gewalt>

Migrationshintergrund oder mit Aussiedlerstatus feststellen, schlussfolgern, dass diese Unterschiede bei Kontrolle anderer Faktoren verschwinden (Babka von Gostomski 2003b: 265). Bei männlichen Aussiedlerjugendlichen und andere männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund treten oft mehrere Risikofaktoren auf. Es zeigt sich, dass insbesondere der Besuch gering qualifizierender Schulen, Gewaltopfererfahrungen durch die Eltern, die Einbettung in eine gewalttätige Clique und die Zustimmung zu gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen, nicht jedoch der Migrationshintergrund an sich entscheidend sind.

Die Gewaltbereitschaft hängt mit **strukturellen Ursachen** zusammen, insbesondere der sozialen Randlage vieler Migrantenjugendlicher (bildungsferne Herkunftsschicht, Besuch niedrig qualifizierender Schulformen, niedriger sozioökonomischer Status, Leben in benachteiligten städtischen Wohnquartieren, sozialräumliche Konzentration verschiedener ethnischer Gruppen und Konfliktslagen), und der migrationsspezifischen Situation (mangelnde Sprachkenntnisse, Quereinsteiger im Bildungssystem,). Ein weiterer Aspekt sind spezifische **soziale Normen**, die durch die Familie (Gewalterfahrungen in Familie), durch den Medienkonsum (gewalttätige Rollenvorbilder) oder traditionelle Normen des Herkunftslandes (gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen, Ehrenkodex) weitergegeben werden. Erklärungsfaktoren hängen aber auch mit **sozialen Netzwerken** zusammen, die sich durch die Einbettung in deviante Cliquen ergeben, mit dem subkulturellen Milieu (Drogen, Waffen, Schulabsentismus) oder mit der Zugehörigkeit zu einer imaginären Gemeinschaft (stellvertretende Viktimisierung). Gesellschaftliche Faktoren wie institutionelle Diskriminierung, Benachteiligungserfahrungen oder Stigmatisierung können ebenfalls verstärkend wirken.

Abbildung 11: Faktoren zur Erklärung von Gewalt bei Migrantenjugendlichen



5. Abgrenzungstendenzen bei Migrantinnen und Migranten

Ohne direkt auf den Bezug zur Gewaltbereitschaft einzugehen sollen im Folgenden Verhaltensweisen und Einstellungsmuster von Muslimen genauer untersucht werden. Ziel ist es, indirekt Abgrenzungstendenzen unter muslimischen und anderen Migrantenjugendlichen zu eruieren.

Abgrenzungstendenzen im Alltag

In der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ wurde festgestellt, dass bei etwa einem Prozent der Muslime manifeste Abgrenzungstendenzen auftreten: sie haben gar keine soziale Kontakte mit Deutschen im Alltag (Familie, Freunde, Nachbarschaft, Arbeitsplatz/Schule), noch sind sie interessiert an häufigeren Kontakten (Haug/Müssig/Stichs 2009, S. 275). Hochgerechnet wären dies bei 4 Millionen Muslimen etwa 40.000 Personen. Dieser Anteil ist relativ gering und zeugt insgesamt von einer gut gelungenen sozialen Integration bzw. einer geringen Abgrenzungstendenz der muslimischen Bevölkerung.

Betrachtet man die Unterschiede zwischen Muslimen, Angehörigen einer anderen Religionsgemeinschaft (christlich, jüdisch, andere) und Personen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören (dies kommt in allen Herkunftsländern vor, sehr häufig bei Iran oder Zentralasien), die aus denselben Herkunftsregionen stammen, so gibt es zwar einen signifikanten Unterschied. Die Werte liegen jedoch bei allen auf sehr niedrigem Niveau: während ein Prozent der Muslime auf Alltagskontakte zu Einheimischen verzichten, sind es bei den anderen Gruppen 0,2 bzw. 0,4 Prozent (eigene Berechnung auf Basis der Daten zur Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“, Fallzahl 5.650).

Interreligiöse Ehen und Einstellungen zu interreligiösen Ehen

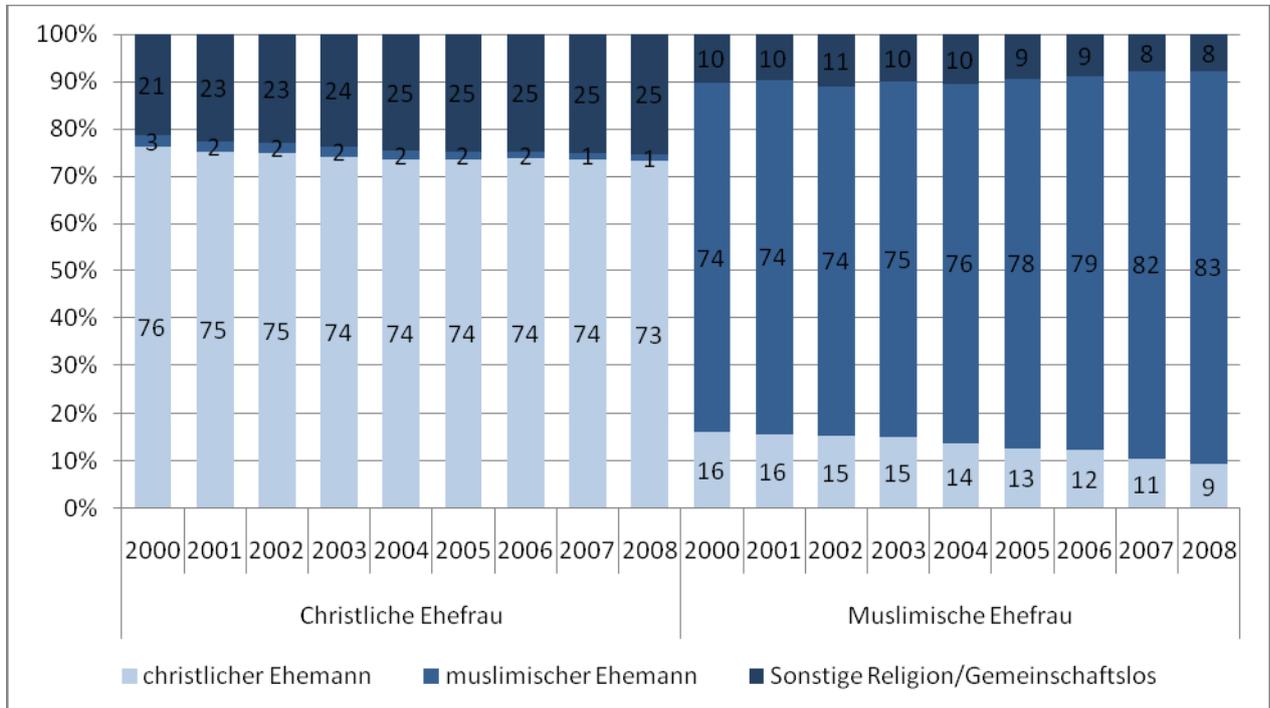
Partnerwahl kann als ein Indikator der sozialen Integration gesehen werden, d. h. eine interethnische Partnerschaft oder deutsch-ausländische Ehe spricht für ein hohes Ausmaß an sozialer Integration aufgrund der sozialen Einbettung im Aufnahmeland.

Anhand der Eheschließungsstatistik und auch der Analyse der Partnerschaften bei Befragten der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ lässt sich zeigen, dass die Partnerwahl von muslimischen Zuwanderern und deren Nachkommen an ethnischen und religiösen Kriterien orientiert. Beispielsweise zeigt die aktuelle Eheschließungsstatistik, dass italienische, polnische, russische und andere Staatsangehörige häufig deutsche Ehepartner/innen heiraten, wohingegen dies bei türkischen Staatsangehörigen seltener ist. Dies ist unter anderem mit Gelegenheitsstrukturen und Ressourcen (Klein 2000) sowie vor dem Hintergrund traditioneller Heiratsregimes (Nauck 2001, Straßburger 2003) und intraethnischer Heiratsmigration zu sehen (Glowsky 2007).

Zwar steigt der Anteil der deutsch-türkischen Ehen seit längerem an, jedoch ermöglicht die Eheschließungsstatistik aufgrund zunehmender Einbürgerungen keine valide Analyse interethnischer Partnerwahl (Haug 2004). Bei genauerer Analyse zeigt sich, dass viele der deutsch-türkischen Ehen intraethnische Heiraten sind. Die überwiegende Mehrheit der Personen mit türkischer Abstammung sind mit Partnern türkischer Abstammung verheiratet, eingebürgerte oder nicht eingebürgerte (Haug 2010).

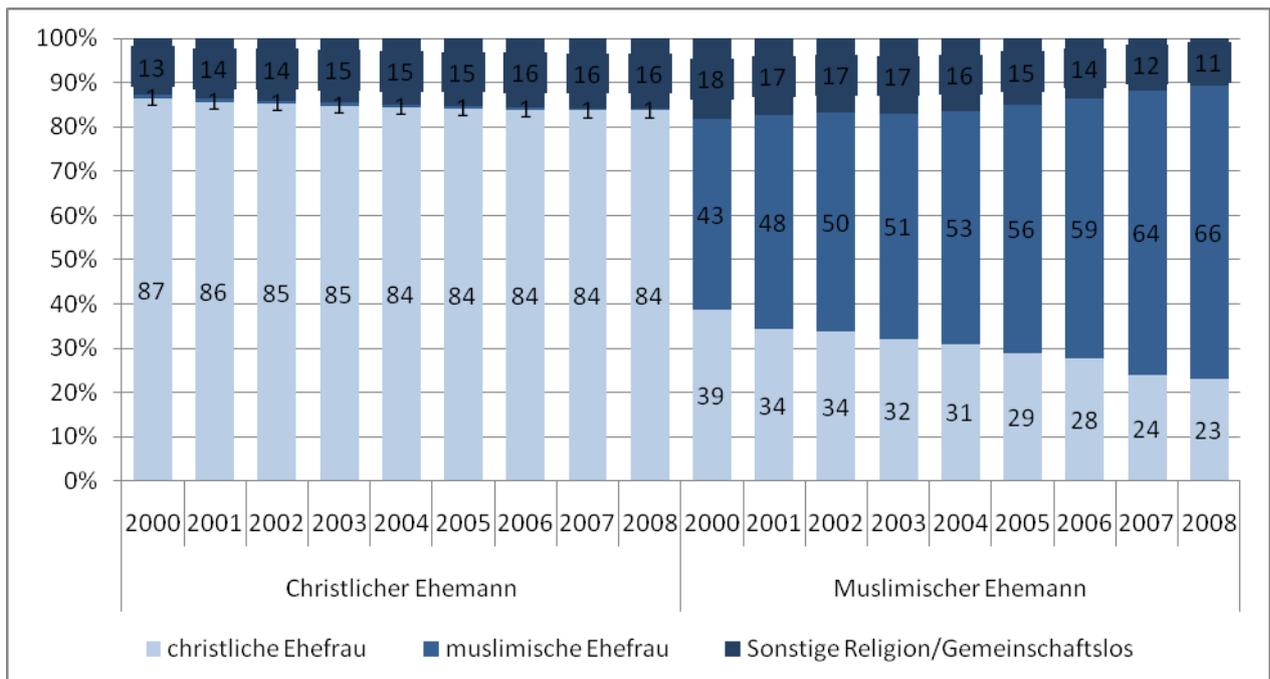
Die Eheschließungsstatistik zeigt jedoch, dass Heiraten mit zunehmender Tendenz nach religiösen Kriterien erfolgen und hierbei geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen. Muslimische Frauen heiraten zum überwiegenden Teil muslimische Männer (Haug 2010, Abbildung 12 und 13). Muslimische Männer heiraten etwas häufiger christliche Frauen, allerdings mit abnehmender Tendenz, d.h. der Anteil der interreligiösen Eheschließungen nimmt ab.

Abbildung 12: Eheschließungen von Frauen nach Religion



Datenquelle: Eheschließungsstatistik 2008, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung

Abbildung 13: Eheschließungen von Männern nach Religion



Datenquelle: Eheschließungsstatistik 2008, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung

Die Partnerschaften von Muslimen folgen fast ausschließlich den Glaubensrichtungen, d.h. Sunniten sind mit Sunniten verheiratet, Aleviten mit Aleviten, etc. (Haug/Müssig/Stichs 2009, S. 288). Es kommt bei Muslimen viel häufiger vor, dass die Partner keiner Religionsgemeinschaft als der christlichen Religion angehören.

Bei der Partnerwahl spielen nicht nur die Gelegenheiten, potenzielle Partner kennenzulernen, die Ressourcen der Beteiligten (Sprachkenntnisse, Bildungsniveau, Beruf, Einkommen) oder die soziale Distanz der Einheimischen gegenüber den Zuwanderern eine Rolle. Auch die Einstellung der Migrantinnen und Migranten selbst trägt dazu bei, inwieweit soziale Beziehungen aufgenommen werden.

Die Religionszugehörigkeit potenzieller Partner/innen spielt für die soziale Distanz eine Rolle. Die Einstellung zu einer interreligiösen Ehe wird hier als Hinweis auf „Heiratsbarrieren“ genommen. Die Bereitschaft, eine interreligiöse Ehe innerhalb der eigenen Familie zu akzeptieren, wird anhand der Frage untersucht, ob jemand damit einverstanden wäre, wenn die Tochter oder der Sohn einen Mann bzw. eine Frau einer anderen Religionsgemeinschaft (Oberkategorien Islam, Christentum, Judentum, etc.) heiraten würde. Dabei wird unterschieden, ob die Befragten selbst eine Tochter oder einen Sohn haben (Haug/Müssig/Stichs 2009).

- Einer interreligiösen Ehe wird über alle Gruppen hinweg insgesamt bei einem Sohn eher zugestimmt als bei einer Tochter.
- Der Großteil der muslimischen Migrantinnen und Migranten würde eine interreligiöse Partnerschaft akzeptieren, allerdings bei einer Tochter mit einer Ablehnungsquote von 42 Prozent sehr viel seltener als bei einem Sohn (Ablehnung 21 Prozent).
- Diejenigen, die eine Tochter haben, lehnen eine interreligiöse Ehe ihrer Tochter häufiger ab als diejenigen, die keine Tochter haben (35 Prozent); bei Söhnen gibt es diesbezüglich keinen Unterschied.
- Am geringsten sind Vorbehalte gegenüber interreligiösen Ehen bei Personen ohne Religionsgemeinschaft; auch bei ihnen lehnen diejenigen, die eine Tochter haben, am häufigsten eine interreligiöse Ehe der Tochter ab (14 Prozent). Ebenso bei Christen; unter ihnen würden 32 Prozent eine interreligiöse Ehe ihrer Tochter ablehnen, wohingegen 22 Prozent dies bei einem tatsächlichen oder potenziellen Sohn würden.
- Generell sind in allen Gruppen Frauen restriktiver eingestellt und würden eine interreligiöse Ehe ihres Kindes seltener tolerieren als Männer. Insbesondere Frauen, die eine Tochter haben, lehnen eine interreligiöse Ehe der Tochter sehr häufig ab. Bei muslimischen Müttern unterscheidet sich diese Ablehnungsquote jedoch nicht von der der Väter (42 Prozent).

Eine zentrale Frage ist nun, ob jugendliche Muslime im Hinblick auf die Ablehnung einer interreligiösen Ehe eine liberalere oder restriktivere Einstellung als ältere Muslime haben und ob bei den anderen Gruppen sich ebensolche Tendenzen zeigen.

Auch wenn sich kein gänzlich einheitliches Muster abzeichnet, lässt sich die These eines Bedeutungsverlusts der Religion bei jüngeren Befragten nicht aufrechterhalten, eher im Gegenteil. **Über alle Gruppen betrachtet ist bei 16 bis 20-Jährigen die Akzeptanz einer interreligiösen Ehe niedriger als bei Personen zwischen 21 und 27 Jahren, und bei Erwachsenen über 27 Jahren.** Dies könnte so interpretiert werden, dass ein Trend hin zu einer stärkeren interreligiösen Abgrenzung besteht. Ausnahme ist hierbei die Einstellung der 16 bis 20-jährigen Väter einer Tochter gegenüber einer interreligiösen Ehe ihrer Tochter. Aufgrund der geringen Fallzahl von Personen, die bereits in diesem

Alter einen eigenen Sohn bzw. eine eigene Tochter haben, kann die Analyse der Väter bzw. Mütter keine validen Ergebnisse bringen.

Betrachtet man die Einstellungsmuster der Jüngeren, die keinen Sohn oder keine Tochter haben, differenziert nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit, so sind signifikante Unterschiede sichtbar (Tabelle 6).

- **Mit Abstand die stärkste Ablehnung einer interreligiösen Ehe einer potenziellen Tochter zeigen männliche Muslime im Alter von 16 bis 20; 41 Prozent wären nicht einverstanden.** Bei einem Sohn wäre die Ablehnungsquote nur halb so hoch und auch bei männlichen Muslimen in höherem Alter liegt die Ablehnungsquote mit 31 bei 21 bis 27-jährigen bzw. 30 Prozent bei Erwachsenen über 27 Jahren deutlich niedriger.
- Bei muslimischen jungen Frauen (16 bis 20-Jährige) liegt die Ablehnungsquote einer interreligiösen Ehe einer potenziellen Tochter (37 Prozent) ebenfalls höher als bei einem Sohn (27 Prozent).
- Auch bei männlichen christlichen Migranten aus demselben Herkunftskontexten oder Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften würden 16-bis-20-Jährige nicht selten die Zustimmung zu einer interreligiösen Ehe ihres Kindes verweigern (28 Prozent). Der Wert liegt jedoch niedriger als bei Muslimen und zudem ist ihr Einstellungsmuster nicht geschlechtsspezifisch, d.h. gegenüber Söhnen würden sie genauso wie gegenüber Töchtern handeln.
- Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich in den Einstellungen der christlichen Frauen und Frauen anderer Religionsgemeinschaften im Alter 16 bis 20; sie sind weitaus toleranter, insbesondere im Hinblick auf eine interreligiöse Ehe eines potenziellen Sohns.
- Für Jugendliche ohne Religionsgemeinschaft scheint dieser Aspekt geringe Bedeutung zu haben.

Tabelle 6: Keine Zustimmung bei einer interreligiösen Ehe des Sohns/der Tochter

Interreligiöse Ehe des Sohns						
mit Sohn						
	Muslim/Alevit		Christ/Jude/Andere		Ohne Religion	
Alter	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
16-20						
21-27		10		39	0	0
27+	17	24	15	25	6	14
Interreligiöse Ehe des Sohns						
ohne Sohn						
	Muslim/Alevit		Christ/Jude/Andere		Ohne Religion	
Alter	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
16-20	20	27	28	7	6	21
21-27	10	30	28	20	0	26
27+	16	27	17	27	9	3
Interreligiöse Ehe der Tochter						
mit Tochter						
	Muslim/Alevit		Christ/Jude/Andere		Ohne Religion	
Alter	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
16-20			0	0		
21-27		55		33		
27+	40	41	25	42	13	9
Interreligiöse Ehe der Tochter						
ohne Tochter						
	Muslim/Alevit		Christ/Jude/Andere		Ohne Religion	
Alter	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
16-20	41	37	28	20	0	21
21-27	31	34	29	28	2	2
27+	30	38	17	23	8	11

Quelle: Daten der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“. Eigene Berechnung, gewichtet. Fallzahl in Bezug auf Sohn mit Sohn 1.928, Sohn ohne Sohn 3.247, Tochter mit Tochter 1.668, Tochter ohne Tochter 3.465. Angaben in Prozent. Die Angaben beziehen sich auf die Aussage „nicht einverstanden“. Nicht dargestellt werden die Angaben „einverstanden“, diese können aus der Differenz zu 100 Prozent berechnet werden. Fehlende Werte: die Fallzahl ist zu gering, um aussagefähige Ergebnisse zu produzieren.

Es muss berücksichtigt werden, dass die Daten keinen zeitlichen Verlauf beinhalten und nicht bekannt ist, ob diese abgrenzenden Haltungen der Jüngeren sich mit zunehmendem Alter ändern.

6. Zusammenfassung

Bevölkerungsstrukturelle Grunddaten

- Die Bevölkerung in Deutschland besteht zu einem steigenden Teil aus Personen mit Migrationshintergrund. In der Altersgruppe der unter-5-Jährigen sind dies bereits 35 Prozent.
- Bei den 10-15-Jährigen haben fast ein Drittel (29 Prozent) einen Migrationshintergrund, 18 Prozent sind Deutsche mit Migrationshintergrund, 11 Prozent ausländische Staatsangehörige. Bei den 15-20-Jährigen haben fast ein Viertel (24 Prozent) einen Migrationshintergrund, 15 Prozent sind Deutsche mit Migrationshintergrund, 9 Prozent ausländische Staatsangehörige.
- Etwa die Hälfte der Muslime in Deutschland sind unter 25-Jährige, fast die Hälfte der Muslime in Deutschland besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft.
- Jugendliche Migrantinnen und Migranten allgemein und muslimische Jugendliche speziell sind somit zu einem hohen Teil und mit zunehmender Tendenz Deutsche.

Gewalt von nichtdeutschen Jugendlichen in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik

- Deutsche Jugendliche mit Migrationshintergrund können anhand der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik nicht untersucht werden, da dort ausschließlich nach der Staatsangehörigkeit differenziert wird.
- Gewaltdelikte werden überproportional häufig im Jugendalter und von Heranwachsenden begangen.
- Seit Jahren ist die absolute Zahl der Delikte und die Kriminalitätsbelastung bei Jugendlichen rückläufig. Dies zeigt sich sowohl in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik als auch in Täter- und Opferbefragungen (Dunkelfeldstudien). Ansteigend ist jedoch die Zahl der Gewaltdelikte und die Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen bei Gewaltdelikten.
- Bei der Deliktgruppe Körperverletzung sind männliche nichtdeutsche jugendliche Tatverdächtige in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik überrepräsentiert.
- Um die Kriminalitätsbelastung von Bevölkerungsgruppen nach Alter, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit zu vergleichen, werden die Tatverdächtigen auf die jeweilige Bevölkerungszahl bezogen (Tatverdächtigenbelastungsziffer). Da bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen auch Touristen, Grenzpendler und irreguläre Zuwanderer enthalten sind und für die Berechnung der Tatverdächtigenbelastungsziffer für Nichtdeutsche oder einzelne ausländische Staatsangehörige auf Bundesebene keine hinreichend belastbare Bevölkerungszahl vorliegt, wird meist darauf verzichtet.
- In verschiedenen Studien, in denen für einzelne Städte die Tatverdächtigenbelastungsziffer Nichtdeutscher berechnet wurde, liegt diese über der der Deutschen. Sofern die Tatverdächtigenbelastungsziffer für Aussiedler berechnet wurde, liegt deren Kriminalitätsbelastung niedriger als bei nichtdeutschen, aber höher als bei deutschen. Ebenso wie nichtdeutsche sind

männliche jugendliche Aussiedler bei Körperverletzungsdelikten überrepräsentiert.

- Für Berlin wurde die Tatverdächtigenbelastungsziffer berechnet, wobei die nicht in Berlin wohnhaften Tatverdächtigen herausgerechnet wurden. Insgesamt liegt Tatverdächtigenbelastungsziffer bei nichtdeutschen Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden in Berlin weit höher als bei deutschen im gleichen Alter.
- Auch unter den Mehrfach- oder Intensivtätern sind männliche nichtdeutsche Jugendliche überrepräsentiert.
- Alle Analysen der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik weisen darauf hin, dass männliche nichtdeutsche Jugendliche und daneben auch männliche jugendliche Aussiedler bei Gewaltdelikten eine Risikogruppe darstellen. Um die Bedingungen und Ursachen der Jugendkriminalität zu erforschen, muss jedoch auf Dunkelfeldstudien zurückgegriffen werden.
- Die höhere Tatverdächtigenbelastungsziffer bei Nichtdeutschen muss auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die Anzeigebereitschaft bei nichtdeutschen Tatverdächtigen höher als bei deutschen ist.

Ergebnisse der Forschung zu Ursachen der Gewalt

- Verschiedene Dunkelfeldstudien zeigen, dass die Gewaltbereitschaft bei männlichen Migranteng jugendlichen unterschiedlicher Herkunft (darunter auch Aussiedler) höher als bei einheimischen Jugendlichen liegt. Die Gewaltbereitschaft muslimischer Jugendlicher ist wiederum höher als bei nicht-muslimischen Jugendlichen.
- Bei männlichen Migranteng jugendlichen kumulieren meist viele Risikofaktoren: Die Gewaltbereitschaft hängt mit **strukturellen Ursachen** zusammen, insbesondere der sozialen Randlage vieler Migranteng jugendlicher (bildungsferne Herkunftsschicht, Besuch niedrig qualifizierender Schulformen, niedriger sozioökonomischer Status, Leben in benachteiligten städtischen Wohnquartieren, sozialräumliche Konzentration verschiedener ethnischer Gruppen und Konfliktlagen), und der migrationsspezifischen Situation (mangelnde Sprachkenntnisse, Quereinsteiger im Bildungssystem). Ein weiterer Aspekt sind spezifische **soziale Normen**, die durch die Familie (Gewalterfahrungen in Familie), durch den Medienkonsum (gewalttätige Rollenvorbilder), oder traditionelle Normen des Herkunftslandes (gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen) weitergegeben werden. Erklärungsfaktoren hängen aber auch mit **sozialen Netzwerken** zusammen, die sich durch die Einbettung in deviante Cliques ergeben, mit dem subkulturellen Milieu (Drogen, Waffen, Schulabsentismus) oder mit der Zugehörigkeit zu einer imaginären Gemeinschaft (stellvertretende Viktimisierung). Gesellschaftliche Faktoren wie institutionelle Diskriminierung, Benachteiligungserfahrungen oder Stigmatisierung können ebenfalls verstärkend wirken.
- Insgesamt ist die Gewaltneigung nicht durch ethnische Faktoren oder einen Migrationshintergrund bedingt, sondern entscheidend für eine erhöhte Gewaltneigung ist der Besuch gering qualifizierender Schulen, Gewaltopfererfahrungen durch die Eltern oder die Zustimmung zu gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen.

- Gewalttätigkeit hängt auch eng mit Konflikten unter Jugendlichen zusammen. Gegen einheimische Jugendliche gerichtete Taten werden häufig von denjenigen Migrantenjugendlichen begangen, die selbst schon deren Opfer waren.
- Die Erklärungsfaktoren für das abweichende Verhalten und die Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen sind komplex. Insofern gibt es keine einfachen Lösungen, um die Gewaltbereitschaft unter Migrantenjugendlichen zu verhindern oder zu bekämpfen. Je nachdem, welcher Erklärungsansatz vertreten wird, lassen sich unterschiedliche Schlussfolgerungen ziehen.
- Eine generelle Lösungsstrategie zur Senkung der Gewaltbereitschaft sowohl bei Migrantenjugendlichen wie bei allen Jugendlichen mit niedrigem sozialen Status besteht in der Erhöhung der Bildungschancen und der Verbesserung der Zukunftsperspektiven.
- Neben jugendpsychologischen Ansätzen zur Stärkung der Bewältigungskompetenz können Veränderungen der Gelegenheitsstrukturen oder zur Veränderung familialer Problemlagen hilfreich sein.
- In der Regel tritt die Gewaltbereitschaft von jugendlichen Migranten nicht grundsätzlich auf, sondern ist vor dem Hintergrund sozialräumlicher Bedingungen (Segregation, Desintegration) zu sehen. Insofern sind Handlungsansätze auf lokaler Ebene zu empfehlen. Auch sind insbesondere Ansätze gefragt, um deviantes Verhalten von jugendlichen Migranten und einheimischen Jugendlichen in subkulturellen Cliques in Kombination mit Drogen, Waffenbesitz und Schulabsentismus zu bekämpfen.

Offenheit gegenüber interreligiösen Beziehungen

- Einstellungen gegenüber interreligiösen Beziehungen von Familienangehörigen können als Indikator der Offenheit aufgefasst werden.
- Die stärkste Ablehnung einer interreligiösen Ehe einer potenziellen Tochter zeigen männliche Muslime im Alter von 16 bis 20 Jahren - 41 Prozent wären nicht einverstanden. Bei einem Sohn wäre die Ablehnungsquote halb so hoch und auch bei männlichen Muslimen höheren Alters liegt die Ablehnungsquote mit 31 Prozent bei 21 bis 27-Jährigen bzw. 30 Prozent bei Erwachsenen über 27 Jahren deutlich niedriger. Bei muslimischen Frauen zwischen 16 bis 20 Jahren liegt die Ablehnung einer interreligiösen Ehe einer potenziellen Tochter mit 37 Prozent ebenfalls höher als bei einem Sohn (27 Prozent).
- Auch bei männlichen christlichen Migranten aus Herkunftskontexten oder Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften würden 16-bis-20-Jährige nicht selten die Zustimmung zu einer interreligiösen Ehe ihres Kindes verweigern (28 Prozent). Der Wert liegt jedoch niedriger als bei Muslimen und zudem ist ihr Einstellungsmuster nicht geschlechtsspezifisch, d.h. gegenüber Söhnen würden sie genauso wie gegenüber Töchtern handeln.
- Im Generationenvergleich zeigen jüngere muslimische Migrantinnen und Migranten keine Entwicklung hin zu größeren Akzeptanz interreligiöser Beziehungen. Besonders männliche jüngere Muslime unterschiedlicher Herkunftsländer zeigen Einstellungsmuster der Abgrenzung von anderen Religionen, deren geschlechtsspezifische Ausprägung auf eine geringe Toleranz interreligiöser Beziehungen weiblicher Familienangehöriger hindeutet.

7. Literatur

- Babka von Gostomski, Christian, 2003a: Einflussfaktoren inter- und intraethnischen Gewalthandelns bei männlichen deutschen, türkischen und Aussiedler-Jugendlichen. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 23, 4, S. 399-415.
- Babka von Gostomski, Christian, 2003b: Gewalt als Reaktion auf Anerkennungsdefizite? Eine Analyse bei männlichen deutschen, türkischen und Aussiedler-Jugendlichen mit dem IKG-Jugendpanel 2001 In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 55. Jahrgang, Heft 2, S. 253-277.
- Baier, Dirk, 2008: Entwicklung der Jugenddelinquenz und ausgewählter Bedingungsfaktoren seit 1998 in den Städten Hannover, München, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd. KFN-Forschungsbericht Nr. 104. Hannover: KFN.
- Baier, Dirk, Pfeiffer, Christian; Simonson, Julia; Rabold, Susann, 2009: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt: Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. KFN-Forschungsbericht; Nr.: 107. Hannover: KFN. <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb107.pdf>
- BKA 2010: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik Bundesrepublik Deutschland 2009. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- BMFSFJ/ Deutsches Jugendinstitut e.V. in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt unter der Leitung von Waltraud Cornelißen, 2005: Genderreport, darin Kap. 10: Gewalthandlungen und Gewaltbetroffenheit von Männern und Frauen. München. <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/Service/impressum.html>
- Bömermann, H./Rehkämper, K. and Rockmann, U., 2008: Neue Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin zum Stand 31.12.2007. Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, (3), S. 20-28.
- Brettfeld, Katrin; Wetzels, Peter, 2003: Junge Muslime in Deutschland: Eine kriminologische Analyse zur Alltagsrelevanz von Religion und Zusammenhängen von individueller Religiosität mit Gewalterfahrungen, -einstellungen und -handeln. In: Bundesministerium des Inneren (Hg.): Islamismus. Texte zur Inneren Sicherheit. Bonn: Bundesministerium des Inneren, S. 221-316.
- Brettfeld, Katrin; Wetzels, Peter, 2007: Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt - Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2010: Migrationsbericht 2008. Nürnberg: BAMF
- Bund-Länder-AG, 2007: Anlage 1: Auswertung Geschäftstatistiken. In: Bund-Länder-AG: Entwicklung der Gewaltkriminalität junger Menschen mit einem Schwerpunkt auf Ballungsräumen. Bericht zur IMK-Herbsttagung 2007 (Berichtsstand 16. November 2007). Berlin: Bund-Länder-AG: 1-45. http://www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/imk2007/beschluesse/imk_185_bericht_top16.pdf
- Dirk Baier, Christian Pfeiffer, Susann Rabold, Julia Simonson & Cathleen Kappes, 2010: Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum; Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN (KFN-Forschungsbericht Nr. 109) <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fob109.pdf>
- Enzmann, Dirk, Brettfeld, Katrin; Wetzels, Peter, 2003: Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre. Empirische Prüfung eines theoretischen Modells zur Erklärung erhöhter Delinquenzraten jugendlicher Migranten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43, 2003, S. 264-287.
- Friedrichs, Jürgen; Triemer, Sascha, 2009: Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Fuchs, Marek; Lamnek, Siegfried; Luedtke, Jens; Baur, Nina, 2009: Gewalt an Schulen. 1994 – 1999 – 2004. Wiesbaden: VS-Verlag. 2. überarbeitete und aktualisierte Auflage.
- Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hg.), 2009: Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag.

- Giordano, Christian, 2003: Mediterrane Ehrvorstellungen: archaisch, anachronistisch und doch immer aktuell, in: Italienisch-Deutsche Gesellschaft für Soziologie: *Annali di Sociologia*. Soziologisches Jahrbuch, 7, 1991, II, Berlin: Duncker & Humblot, S. 113-138
- Glowsky, David (2007): Staatsbürgerschaft als Ressource bei der Heirat ausländischer Frauen. Eine Analyse mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 36(4), 282-301.
- Härle, Jörg, 2004: Personen mit Migrationshintergrund. *Stadtforschung und Statistik*, (1/04), 16-18.
- Haug, Sonja (2004b): Binationale Ehen und interethnische Partnerschaften in Deutschland – Datenlage und Erklärungsfaktoren, in: *Zeitschrift für Familienforschung* 16(3), 305- 329.
- Haug, Sonja, 2009: Migration and Statistics. Working Paper Series of the Council for Social and Economic Data (RatSWD), Nr. 101.
- Haug, Sonja, 2010: Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working Paper Nr. 33.
- Haug, Sonja; Babka von Gostomski, Christian; Baraulina, Tatjana, Stefan Rühl., Michael Wolf, 2008: Kriminalität von Aussiedlern – eine Bestandsaufnahme. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working Paper Nr. 12. http://www.bamf.de/clin_092/nn_444062/SharedDocs/Anlagen/DE/Migration/Publikationen/Forschung/WorkingPapers/wp12-kriminalitaet-aussiedler.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/wp12-kriminalitaet-aussiedler.pdf
- Haug, Sonja; Rühl, Stefan; Babka von Gostomski, Christian, 2008: Migranten als Täter und Opfer von Gewalt und Kriminalität. In: *Bewährungshilfe*. *Zeitschrift für Soziales, Strafrecht, Kriminalpolitik*: 211-227.
- Haug, Sonja; Sauer, Lenore, 2007: Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern -Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungsbericht Nr. 3.
- Haug, Sonja; Stichs, Anja; Müssig, Stephanie, 2009: Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Forschungsbericht. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Forschungsbericht Nr. 6.
- Heitmeyer, Wilhelm/Möller, Renate/Babka von Gostomski, Christian/Brüß, Joachim/Wiebecke, Gisela, 2005: Forschungsprojekt Integration, Interaktion sowie die Entwicklung von Feindbildern und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen deutscher und türkischer Herkunft sowie bei Aussiedler-Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung ethnisch-kultureller Konfliktkonstellationen (Längsschnittstudie). Zwischenbericht II (2. Förderphase: 01.11.2002-31.10.2005) an die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Bielefeld: Universität Bielefeld. http://www.uni-bielefeld.de/ikg/download/Projekt_Feindbilder_Zwischenbericht-2.pdf
- Heitmeyer, Wilhelm; Imbusch, Peter (Hg.), 2005: Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm; Thome, Helmut (Hg.), erscheint 2010: Gewalt in öffentlichen Räumen. Zum Einfluss von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in städtischen Wohnquartieren. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm; Anhut, Reimund (Hg.), 2000: Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim: Juventa.
- Hurrelmann, Klaus, 2007: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim: Juventa.
- Klein, Thomas (2000): Binationale Partnerwahl - Theoretische und empirische Analysen zur familialen Integration von Ausländern in die Bundesrepublik, in: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation, Opladen: Leske + Budrich, Band I, S. 303-346.
- Lüdemann, Christian; Ohlemacher, Thomas, 2002: Soziologie der Kriminalität: Theoretische und empirische Perspektiven. Weinheim/ München: Juventa.
- Nauck, Bernhard (2001): Generationenbeziehungen und Heiratsregimes - theoretische Überlegungen zur Struktur von Heiratsmärkten und Partnerwahlprozessen am Beispiel der Türkei und Deutschland, in: Klein, Thomas (Hg.): Partnerwahl und Heiratsmuster. Sozialstrukturelle Voraussetzungen der Liebe, Opladen: Leske + Budrich, S. 35-55.

- Oberwittler, Dietrich; Rabold, Susann; Baier, Dirk (Hg.), erscheint 2010: Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten? Studien zu sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität und Kriminalitätswahrnehmungen. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Ohder, Claudius, 2007: „Intensivtäter“ in Berlin. Hintergründe und Folgen vielfacher strafrechtlicher Auffälligkeit. In: Landeskommision Berlin gegen Gewalt (Hg.): Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 33. Intensivtäter in Berlin. Teil II. Ergebnisse der Befragung von „Intensivtätern“ sowie der Auswertung ihrer Schulakten. Berlin: Landeskommision Berlin gegen Gewalt: 5-76.
<http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-lkbgg/bfg/nummer33/komplett.pdf>
- Pfeiffer, Christian/Kleimann, Matthias/Petersen, Sven/Schott, Tilmann, 2005: Migration und Kriminalität. Ein Gutachten für den Zuwanderungsrat der Bundesregierung. Interdisziplinäre Beiträge zur kriminologischen Forschung. Baden-Baden: Nomos.
- Polizeipräsident Berlin LKA Prävention, 2010: Jugenddelinquenz in Berlin. Jahresbericht 2009. Berlin.
http://www.berlin.de/imperia/md/content/polizei/kriminalitaet/pks/jahresbericht_jugenddelinquenz_2009.pdf?start&ts=1284119349&file=jahresbericht_jugenddelinquenz_2009.pdf
- Reusch, Roman, 2007: Migration und Kriminalität. Rechtstatsächliche und kriminologische Aspekte und Lösungsansätze für eine erfolgreiche Integration. Vortrag. Hanns Seidel Stiftung,
http://www.hss.de/fileadmin/migration/downloads/071207_VortragReusch.pdf
- Scheithauser, Herbert; Rosenbach, Charlotte; Niebank, Kay, 2008: Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Expertise zur Vorlage bei der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK). Bonn: Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention.
http://www.kriminalpraevention.de/images/pdf/dfk_expertise%20gelingensbedingungen_gewaltpraevention.pdf
- Schmidt, Axel, 1991: Wo die Männer sind, gibt es Streit. Ehre und Ehrgefühl im ländlichen Sardinien, in: Italienisch-Deutsche Gesellschaft für Soziologie: Annali di Sociologia. Soziologisches Jahrbuch, 7, II, Berlin: Duncker & Humblot, S. 207-235.
- Statistisches Bundesamt 2010b: Bevölkerung- und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2009. Fachserie 1, Reihe 2., Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt, 2010a: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie 1, Reihe 2.2., Wiesbaden.
- Steffen, Wiebke, 2003: Mehrfach- und Intensivtäter: Aktuelle Erkenntnisse und Strategien aus dem Blickwinkel der Polizei, ZJJ, S. 152-158.
- Steffen, Wiebke/Elsner, Erich (2000): Kriminalität ist keine Frage des Passes, sondern eine Frage von Lebenslagen. Kriminalität junger Ausländer. In: Deutsches Polizeiblatt 5/2000, S. 1-15.
- Straßburger, Gaby (2003): Heiratsverhalten und Partnerwahl im Einwanderungskontext. Eheschließungen der zweiten Migrantengeneration türkischer Herkunft, Würzburg: Ergon.
- Wetzels, Peter/Brettfeld, Katrin, 2003: Auge um Auge, Zahn um Zahn? Migration, Religion und Gewalt junger Menschen. Eine empirisch-kriminologische Analyse der Bedeutung persönlicher Religiosität für Gewalterfahrungen, -einstellungen und -handeln muslimischer junger Migranten im Vergleich zu Jugendlichen anderer religiöser Bekenntnisse. Münster: LIT.
- Worbs, Susanne, 2008, Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working Paper Nr. 17.



Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 018 01/90 70 50*
Fax: 0 30 18/5 55 44 00
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115**
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: November 2010

Gestaltung: www.avitamin.de

* 3,9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen

** Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u.a.. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.d115.de; 7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.